

Anfragen, Infos:

oeli@kreidekreis.net

Diese Nr. geht 4-seitig  
an alle LehrerInnen.  
Dies hier ist 24-seitig:  
Seite 2: ÖLI-UG zum  
WeltlehrerInnentag:  
Forderungen an die  
Bildungs- und Bud-  
getpolitik 2008-13  
Glossen - 3, 11, 17, 18  
Bildungsstandards - 6  
Baustelle Bildung - 12  
Was macht L.krank-14  
Lehramtsausbildg - 16  
ZA-AHS+BHS - 19-21  
InfoTag in NÖ - 22  
5. Nov.78: Nein! - 23  
Genug Geld für Ban-  
ken od. Bildung? - 24

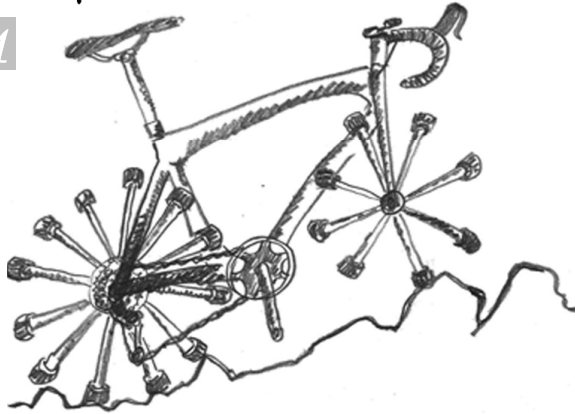


Österreichische • LehrerInnen • Initiative

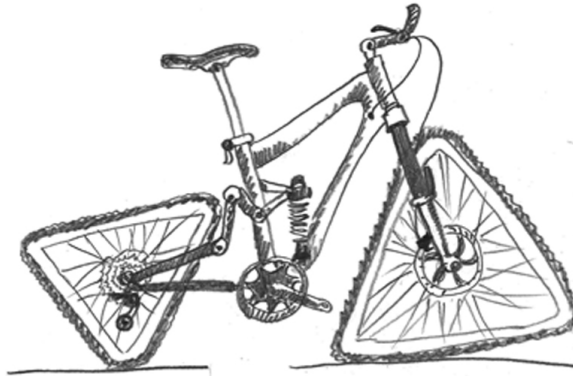
Die Reformkommission im Unterrichtsministerium ist aufgelöst. Weil das österreichische Schulwesen sowieso völlig reformresistent ist? Unser Zeichner meint: nein. Im Gegenteil: Weil sie wohl ihre Arbeit zukunftsweisend und kreativ erledigt hat...

## Schulrad Advanced

*jedes Niveau einstellbar  
individuell schnell  
Pedale auf Anfrage*

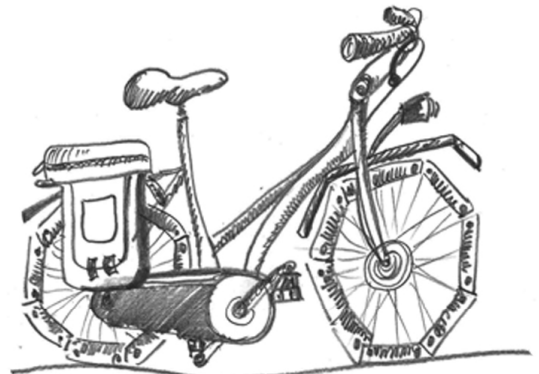


## Trend-Fun-Schulrad



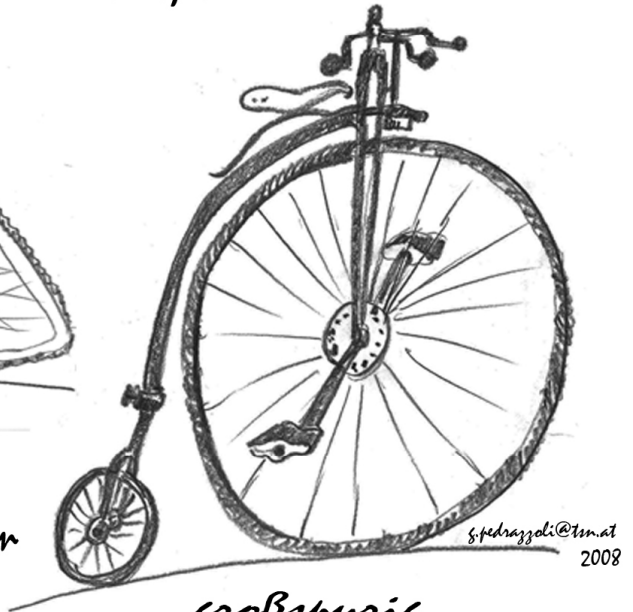
*Vollfederung für alle Fälle  
nMS Schaltung  
Gänge für alle Geschwindigkeiten  
höhenverstellbar*

## Komfortschulrad City *der Standard*



*mit Satteltasche für  
neue Lehrpläne*

## AHS Modell-Scholik *alt, bewährt und beliebt*



*großspurig  
1:1 Übersetzung  
nur für Geübte!*

**Die Neuerfindung des Schulrades in Österreich  
steht unmittelbar bevor**

Impr: EHV: Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabh. GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG), 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7. Red.: Josef Gary Fuchsbauer. Papierauflage: 2500. Kreidekreis ist das Informations-/ Diskussionsorgan der ÖLI-UG. **LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen willkommen!** ÖLI-Beitritt (€ 30 bis 300) bzw. Abo-Bestellung: oeli@kreidekreis.net, 0680 2124358, 7€/Jahr auf PSK (60000) 78420320, lautend auf „ÖLI-Kassier Fuchsbauer“.

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

**An:**

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7 DVR: 0581518

Erklärung der ÖLI-UG - Österreichische LehrerInnen Initiative, Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, zum 5.10.2008,

## Internationaler WeltlehrerInnentag

An die Klubobleute / Parteivorsitzenden, der im Parlament vertretenen Parteien: **Forderungen an die Bildungs- und Budgetpolitik 2008-2013**

Das österreichische Schulwesen ist eine ungesicherte Baustelle.

Die arg verkürzte letzte Legislaturperiode hat nicht ausgereicht, jahrzehntelange Versäumnisse und Einsparungen zu überwinden. Es fehlt an vielen Ecken und Enden:

Es fehlt an Schulraum, insbesondere für kinderfreundliche und sozial integrative ganztägige Schulformen. An den berufsbildenden Schulen und BORGs kann deshalb die SchülerInnen-Höchstzahl 25 nicht umgesetzt werden.

Es fehlen nicht nur Budgetmittel, es fehlen zunehmend auch LehrerInnen für kleinere Klassen und Lerngruppen, für individuelle Förderung, für soziale Integration.

Es fehlt die Ausbildung aller LehrerInnen auf Master-Niveau und eine der Ausbildung und den Anforderungen entsprechende Bezahlung.

Bisher hat auch der politische Wille zu einer sozial ausgewogenen (dem Menschenrecht auf Bildung aller in Österreich lebenden Kinder und Jugendlichen entsprechenden) Schulreformpolitik gefehlt – und fehlten und fehlen zukunftsorientierte Bildungsbudgets.

Wir ÖLI-UG, im Unterricht und in der Gewerkschaft/Personalvertretung engagierte LehrerInnen aus APS, AHS und BMHS, schlagen folgende Maßnahmen vor:

- Anstellung von SchulpsychologInnen zumindest an jeder größeren Schule
- Rücknahme der sogenannten Entlastungsverordnung (BM Gehers Stundenkürzungsaktion) und Wiederherstellung der pädagogisch bewährten und begründeten Stundenzahlen
- Eine zusätzliche Klassenvorstandsstunde (wie sie schon die Arbeitsgruppe Schulklima des BMBWK 2006 gefordert hat) zur Förderung der Integration und der Kooperation von Schülerinnen und Schülern in der Klassengemeinschaft und Wiedereinrechnung der Klassenvorstandstätigkeit in die Lehrverpflichtung
- ein gemeinsames öffentliches Dienst- und Besoldungsrecht für alle LehrerInnen, Einrechnung von Beratungs-, Koordinations-, Qualitätssicherungs-, Schulentwicklungsarbeit und Supervision in die Lehrverpflichtung – deutliche Anhebung der Einstiegsgehälter entsprechend den Anforderun-

gen und der künftigen Universitätsausbildung mit Gewerkschaft und Personalvertretung ausverhandeln

- Universitätsausbildung auf Master-Niveau für alle LehrerInnen – Volksschule, Sekundarstufe I und II, Integration der Pädagogischen Hochschulen und der LehrerInnenweiterbildung in die Universitäten
- Genehmigung aller Schulversuche im Zusammenwirken von APS, AHS und BMHS, ohne Beschränkung durch prozentuelle Obergrenzen; die im September 2008 begonnene Entwicklung intensivieren und ausweiten
- das Raumangebot den kleineren und daher mehr Klassen (einem praxis-orientierten Fachunterricht und den Erfordernissen von schülerInnen- und lehrerInnenfreundlichem Arbeits- und Lebensraum) entsprechend planmäßig und zügig verbessern. Unterrichtsräume schaffen, die den Ansprüchen zeitgemäßer Pädagogik (Nischen für Gruppenarbeit, Lesecke, EDV-Stationen, Klassenbibliothek etc) entsprechen
- Werbung für das Lehramtsstudium unter OberstufenschülerInnen, auch und besonders unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund

### Es ist 5 nach 12

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, kalte Arbeitszeiterhöhung und Stundenkürzungen, nicht vorhandene Unterstützung durch SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen an den Schulen, dazu die Empfehlung der Unterrichtsministerin Gehrler, von einem Lehramtsstudium abzusehen (MaturantInnenbrief 2004), dazu die unübersichtliche Situation mit Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, haben dazu geführt, dass mit dem heurigen Schuljahr verstärkt LehrerInnenmangel herrscht. Die AbsolventInnenzahlen von Universitäten und PH reichen nicht aus, um Pensionierungen auszugleichen und den Zusatzbedarf der nächsten Jahre für kleinere Klassen (Höchstzahl 25), Individualisierungs- und Integrationsmaßnahmen, Gesamtschulversuche und ganztägige Schulformen (mit sportlichen, musischen und naturwissenschaftlichen Angeboten) zu decken.

Eine demokratische, sozial integrative Schulreform ist eine notwendige Investition in die Zukunft. Sie ist auch die beste Werbung für den Lehrberuf.

Bildung kostet. Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt. Es ist höchste Zeit für eine Umverteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums von den Reichsten zum Rest der Bevölkerung – eine soziale Steuerreform zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen, in Österreich und EU-weit.

In Erwartung Ihrer Antwort, mehr noch Ihrer Arbeit in Parlament und/bzw. Regierung, Glück auf!

Kopie geht an BKA, BMUKK, BMWF, BMFin, ÖGB, AK, GÖD, Medien



Glosse von Harald Miesbacher, AHS-FA-Mitglied, Graz miesbacher (a) kreidekreis.net

LehrerInnen als Wunderwuzzis der Nation?

Problemen von Jugendlichen bei Ernährung und Alkoholkonsum begegnet man eventuell mit einem Fach "Gesundheitserziehung", bei einem weiteren Bereich mit Sexualerziehung, und auf das Wählen werden sie vorbereitet mit dem Zusatz "Politische Bildung" zu "Geschichte und Sozialkunde": So werden in Österreich soziale und andere Probleme gelöst.

## Die Schule wird's schon richten

Wann immer neuerdings in den Medien eine allgemeine gesellschaftliche Misere thematisiert wird, fühlt sich die Politik sogleich unter Druck gesetzt. Um Problembewusstsein und Handlungsbereitschaft zu signalisieren, antworten politische Verantwortliche postwendend mit Vorschlägen, wie das Problem eilends aus der Welt zu schaffen sei. Die konkrete Umsetzung interessiert schon weniger. Damit sollen sich andere herumschlagen, denen aber meist kaum ausreichende Instrumente bereitgestellt werden, um zumindest halbwegs erfolgreich zu sein.

Miserenmanagement umfassend gesellschaftspolitischer Art wird heutigentags etwa in einem gehörigen Ausmaß von den Schulen verlangt. Welches „Jugendproblem“ auch anfällt, an die Schulen ergeht umgehend die Direktive, sofort Abhilfe zu schaffen. So ertönte, als Medienberichte unlängst auf vermehrt juvenile Ernährungsprobleme hinwiesen, von Politikerseite unweigerlich ein alarmistischer Krisenruf mit gleich beigesteuertem Maßnahmenvorschlag. Ein Unterrichtsfach „Gesundheit“ soll her, einstündig natürlich. Abgesehen davon, dass die Dotierung dieses Faches wieder einmal völlig offen bleibt, glaubt man in gänzlicher Realitätsverkenning doch tatsächlich, mit ein bisschen Reden übers Fressen und Saufen sei bald schon keiner mehr zu dick oder zu dünn und keiner auch bechere sich mehr ins Koma hinüber! Das Problem ist indes – mit seiner psychologischen, soziokulturellen, nicht zuletzt ökonomischen Dimension – immens vielschichtig. Der Schulunterricht kann, was ja durchaus schon geschieht, ein klein wenig Problembewusstsein fördern, verfängt erfahrungsgemäß aber eher bei den ohnehin schon Sensibilisierten. Eine ähnlich naive Erwartungshaltung wird erkennbar auch hinsichtlich der diagnostizierten politischen Unbildung allzu vieler, nun auch noch wahlberechtigter Jugendlicher. Das Fach Geschichte bekommt flugs den Zusatz „& politische Bildung“ und passt schon. Berichten Medien etwa über

einen Fall jugendlichen Sexualverhaltens der unkultivierten Art, müssen sogleich die Biologielehrer aktiv werden – und kriegen mit dem Projekterl „Kamasutra für Teenies“ wahrscheinlich einen Didaktikpreis des Bildungsministeriums.

Mit ein bisschen Umtaufen der Fächer und Herumschieben bei den Unterrichtsstunden ist jedoch sicher nichts gewonnen. Vor allem aber können Schulen keine Reparaturwerkstätten für alle möglichen Jugendprobleme sein. Schon mit ihren Kernaufgaben haben sie vollauf zu tun. Die vielfältigen Probleme heutiger Jugendlicher bleiben gewiss nicht vor dem Schultor, die Schüler können ja nicht ausgesperrt werden. Nur brauchen die Schulen, um jenen vielen Kindern, die es zwischenzeitlich schon einmal furchtbar durchbeutelt, wirklich zu helfen, ihrerseits auch begleitende Hilfe von anderer professioneller Seite, d.h. Psychologen, Sozialtherapeuten u.a. sollten an jeder Schule als Stammpersonal vorgesehen werden.

## Pensionsfragen

Immer wieder kommt die Frage: Welche Zeiten werden für die Pension angerechnet? Dazu ein Hinweis: Lassen Sie sich (formloses Ansuchen im Dienstweg) vom LSR die bisherige beitragsgedeckte pensionswirksame Zeit mitteilen – und heben Sie sich die Antwort gut auf (ein zweites Mal muss der LSR nicht für Sie nachrechnen). Informationen zum Pensionsrecht (und auch sonst zum Dienst-, Schul- und Personalvertretungsrecht) finden Sie in unserem Dienstrechtskriptum in [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at) – oder Sie schreiben uns an [oeli@kreidekreis.net](mailto:oeli@kreidekreis.net). Neu ist jedenfalls, dass die Pensionen heuer am 1.11. um 3,4% erhöht werden – und dass das auch für alle bis 1.12.08 in Pension Gehende gilt. Außerdem gib't für alle, die schon im Oktober in Pension waren, für 2008 eine brutto=netto-Einmalzahlung zw. 150 € (bis 1000 Euro Monatspension) und 50 Euro (ab 2000,-).

## Brief einer VS-Lehrerin

Endlich möchte ich einmal eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema

\*VolksschullehrerInnen\* wahrnehmen.

Die große Verantwortung und Leistung der VS-PädagogInnen ist bei uns in Österreich sehr sehr unterbewertet, in monetärer Sicht und auch was den Status, die Anerkennung - selbst innerhalb der LehrerInnenschaft - betrifft!

\*WARUM\*

\*\* \*verdienen sie weniger? (Es arbeiten hauptsächlich Frauen an Österreichs Volksschulen, eh klar...) In manchen Ländern verdienen die, die an der Basis arbeiten, übrigens am besten.

\*\* \*wird ihnen der/die Klassenvorstand/-ständin nicht gleich vergolten wie dem/der HS-KollegIn? Wenn jemand wirklich intensive KV-Arbeit leistet, dann sicher die VS-Lehrerin (und ich beginne die unzähligen verantwortungsvollen Tätigkeiten erst gar nicht aufzuzählen).

\*\* \*leisten sie noch immer unbezahlte Aufsichtsstunden (15 Minuten morgens, dann auch noch in sämtlichen Pausen) und müssen von halbnacht bis halbeins ohne Pause durcharbeiten. Wenn sie die Toilette aufsuchen, verletzen sie ihre Aufsichtspflicht. Ich kenne keinen anderen Beruf, der solche Bedingungen schafft.

\*\* \*haben sie (neben den SonderschullehrerInnen) die höchste Lehrverpflichtung, die höchste KlassenschülerInnenzahl im Pflichtschulbereich - ohne Unterstützung. (In England hat eine VS-Lehrerin bis zu 3 help-teachers. Bei uns muss ein Förderbedarf diagnostiziert sein, um Begleitung zu erhalten, welche in manchen Fällen nicht qualifiziert ist....)

Die Zeiten, wo eine einzelne Person bis zu 25 Menschen (Kinder, die in einem Alter sind, das BESONDERS intensive Betreuung erfordert) unterrichtet, individuell fördert, erzieht, betreut, sind vorbei! Eine Person kann nicht 25 Kinder "über den Kamm scheren" und wirklich erfassen. Kein Manager würde ein Seminar besuchen, in welchem er mit so vielen Menschen in einer Gruppe intensive qualitätsvolle Arbeit und Auseinandersetzung erwartet. Und bei kleinen Kindern soll das möglich sein?

Gesamtschule hin oder her. Die wahren Fragen und Entscheidungen beginnen an der BASIS! Hier soll gefördert und differenziert werden. Dass hierfür Geld für höheren Personalaufwand, fairere Entlohnung und kind-, bzw. zeitgemäße Schulgebäude ausgegeben werden muss, sollen uns die Kinder wert sein! Denn jedes VS-Kind weiß: Was Mäxchen nicht lernt.....

Ich wünsche mir, dass mein Text eine Auseinandersetzung mit der Thematik auslöst und bin schon gespannt, ob sich etwas bewegt.

Danke! MfG Eva S.

## Brief einer Leserin

Ich bin dagegen, als KlassenschülerInnenhöchstzahl 25 zu fordern. Diese Zahl ist zu hoch und würde für mich persönlich eine Verschlechterung bringen. Als Deutschlehrerin habe ich jetzt in den ersten Klassen und Jahrgängen aufgrund der Gruppenteilungen 16 SchülerInnen. Als Englischlehrerin habe ich aufgrund der Gruppenteilungen manchmal nur 13 SchülerInnen.

Daher bin ich für eine Höchstzahl von 16 SchülerInnen pro Klasse.

Maria Kastl, HAK Gänserndorf



> SOZIALES

## „Schulsozialarbeit – Wozu?“

Ist-Analyse und Bedarfserhebung.

Der 132-seitige Endbericht der Lehrveranstaltung „Forschungswerkstatt“, WS 2007/08 - WS 08/09 kann als pdf (1 MB) bei [oeli@kreidekreis.net](mailto:oeli@kreidekreis.net) bestellt werden.

Es wurde eine umfangreiche Befragung von LehrerInnen (950 Rückmeldungen per Fragebogen und Interviews) durchgeführt. Zitate aus dem Endbericht: Hypothesen:

„Es ist hilfreich, wenn angehende LehrerInnen während der Ausbildung über den Tätigkeitsbereich der Sozialarbeit und für Schulen relevante Institutionen aufgeklärt werden. Das Lehrpersonal ist überfordert, weil sich Eltern mit Erziehungsfragen an die Schule wenden. Schulsozialarbeit ist notwendig, dass LehrerInnen im Schulalltag entlastet werden und ihrem Lehrauftrag folgen können.“

Aus „Ist-Analyse“: „Generell ist Schulsozialarbeit kaum, bis gar nicht in Österreich vorhanden.“ Aber:

„Schulsozialarbeit, um SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu entlasten, um Problemlagen nicht erst entgegenwirken zu müssen, sondern um sie bereits vorab zu bearbeiten, um auf die aktuelle Situation an den Schulen auch auf einer anderen Ebene, als der bisherigen entgegnetreten zu können, um auch über Erfolgserlebnisse an Schulen berichten zu können und nicht nur über Missstände, Unzufriedenheit und Ängste.“

L  
E  
S  
E  
R  
B  
R  
I  
E  
F  
S  
E  
I  
T  
E,

dies-  
mal  
als

L  
E  
S  
E  
R  
I  
N  
N  
E  
N  
B  
R  
I  
E  
F  
S  
E  
I  
T  
E

## Schul- u. dienstrechtliche Änderungen 2008:

- Die seit 2006/07 in den Abschlussklassen der AHS und BHS abgeschafften **Schulnachrichten am Ende des Wintersemesters sind ab 2008/09 wieder auszustellen** (zumindest gilt das an den BMHS. AHS?).

- **Kinderbeihilfe wird ab 2009 im Sept. in doppelter Höhe bezahlt** (u.2008 auch ein 13.Mal).

- **Hacklerreglung wird bis 2013 verlängert, Pensionserhöhung auch im ersten Pensionsjahr** - und diesmal am 1.11.08 statt am 1.1.09: Alle Pensionistinnen, auch die, die erst am 1.12.08 gehen, bekommen eine Erhöhung um 3,4%. Alle, die im Okt.08 in Pension sind, bekommen für 2008 eine brutto=netto-Einmalzahlung zw. 150 € (bis 1000 Euro Monatspension) und 50 € (ab 2000,-)

- **Pensionskassenregelung für alle öffentlich Bediensteten:** Ab 1.1.09 wird jeweils für alle mindestens 1 Jahr in einem Bundesdienstverhältnis Befindlichen ein **Dienstgeberbeitrag** (so wie für jene Vertragsbedienstete, f.d.bereits ein Pensionskassenvertrag besteht) von **0,75%** des Bezuges (inkl.Sonderzahlungen/ Nebengebühren/Zulagen) an die Bundespensionskasse AG gezahlt. Bei Anspruchsbeginn wird für 1 Jahr rückwirkend nachgezahlt, also aktuell ab 1.1.08. (Ein stufenweises Ansteigen des Dienstgeberbeitrages auf ein branchenübliches vergleichbares durchschnittliches Niveau ist mittelfristig vereinbart.) Dienstnehmerbeiträge sind freiwillig ebenfalls möglich.

- **Quasivollbeschäftigung** (ab 19,5 WE) war nur bis 2007/08 möglich -

### Nachfolgeregelung:

Ab Sept.2008 können **Pragmatisierte freiwillig jeweils für ein Schuljahr auf 19,0-19,99 reduzieren**, ohne dass diese Zeit als Teilbeschäftigungsjahr zählt. Diese KollegInnen sind in diesem Jahr was Anzahl und Bezahlung von Lieferungen betrifft mit den Vollbeschäftigten gleich zu behandeln. Ihr laufendes Gehalt reduziert sich allerdings wie auch bei

anderen Teilbeschäftigten im aliquoten Ausmaß.

- **Kinderbetreuungsgeld** kann seit 1.1.08 auch für kürzere Zeit und dafür höher bezogen werden (siehe ÖLI-Dienstrechtsskriptum Kapitel 4.3.9. in [oeli-ug.at](http://oeli-ug.at))

- **Seit 1.1.08 ist der Fahrtkostenzuschuss nur vom Pendlerpauschale abhängig** (s. Seite 37 im ÖLI-Dienstrechtsskriptum). Bisherige Fahrtkostenzuschüsse laufen weiter – leider auch solche, die niedriger sind, als die Neuregelung. Das wurde beim Gesetzesbeschluss übersehen und muss nun geändert werden. (Ausweg: Zweitwohnsitz am Dienstort anmelden und daher Pendlerpauschale und Fahrtkostenzuschuss abmelden. Im nächsten Monat den Zweitwohnsitz wieder abmelden und Pendlerpauschale und Fahrtkostenzuschuss neu beantragen.)



zusammengestellt von Josef Gary Fuchsbauer, ZA-BMHS-stv.Vors. fuchsbauer (a) kreidekreis.net

### Die ÖLI:

- Solidarität und Vernetzung zwischen APS, AHS, BMHS und allen Bundesländern
- schneller Infofluss
- gegenseitiger Respekt, kein Konkurrenzdenken, weil kein Karriere-schielen
- Themenführerschaft (LehrerInnen-Ausbildung, Schulreform)
- Freude am Unterrichten
- wir sind authentisch
- Schule – Gesellschaft: “mehr als Dienstleistung”
- Schulpolitik wird bei uns immer auch in Verbindung mit gesellschaftspolitischen Tatsachen gesehen.
- Wir setzen uns für die Demokratisierung des Bildungsbereichs ein
- Wir setzen uns für mehr Transparenz und Offenheit ein
- Ansprechpartner für Dienstrechtsfragen – PV Schulungen

### Warum bei der ÖLI mitarbeiten:

- parteiunabhängig
- aufrecht gehen können, sich in den Spiegel schauen können
- Gefühl der Solidarität
- sind in vielen Landes- und Bundesgremien
- gut informiert sein
- Abläufe in der Schule / Schulpolitik durchschauen lernen
- sich einsetzen bringt persönlich was
- Treffen mit anderen – lebhafter Meinungs austausch
- mehr Sicherheit der Jungen in der Arbeit an der Schule
- Arbeitsbedingungen verbessern
- Uniausbildung für alle LehrerInnen fordern und befördern
- Rückhalt für Junge bei Bedrängnis
- wenn du willst, dass es **uns** besser geht und nicht nur dir

Von Jürgen  
Maaß, Linz,  
Professor für  
Didaktik der  
Mathematik an  
der Universität  
Linz

[www.didaktik-der-mathematik.jku.at/maasz.htm](http://www.didaktik-der-mathematik.jku.at/maasz.htm)

Zitate aus den  
Erläuterungen zur  
Verordnung über  
Bildungsstandards  
betreffend die in § 3  
genannten Funktio-  
nen der Standards:  
Was das Ministerium  
damit bezweckt.

## Bildungsstandards: Schulen und LehrerInnen brauchen Unterstützung

### Einleitung

Am 16.9.2008, meldete APA, dass Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S) den Verordnungsentwurf mit dem Kernstück der geplanten Bildungsstandards in Begutachtung geschickt hat (APA189 5 II 0702 XI). Der Entwurf ist unter [www.bmukk.gv.at/medienpool/17203/vo\\_bildungsstandards\\_mat.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/17203/vo_bildungsstandards_mat.pdf) im Internet zu finden. Im folgenden Beitrag konzentriere ich mich auf eine zentrale Frage im Zusammenhang mit der Einführung von Bildungsstandards als Mittel zur „Qualitätssicherung und -entwicklung an den Schulen“ (Verordnungsentwurf, S. 3): Was plant das Ministerium in dem Fall, dass eine Schule oder Schulklasse im Test schlecht abschneidet?

### Weitgehend harmlos...?

Auf den ersten Blick ist die Antwort auf meine Frage, die sich aus der Lektüre des Verordnungsentwurfs ergibt, weitgehend harmlos. In § 3 (Funktionen der Bildungsstandards) heißt es: „Bildungsstandards erfüllen neben der Information über den Kompetenzstand der Schülerinnen und Schüler drei weitere wesentliche Funktionen:

1. Ergebnisorientierung:  
Bildungsstandards legen Lernergebnisse fest, die Schülerinnen und Schüler zu einem gewissen Zeitpunkt erreicht haben sollen. Die Lehrkraft hat den Unterricht während der gesamten Ausbildung auch auf die Erreichung der Lernergebnisse hin auszurichten und jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler zu ihren bzw. seinen besten Lernergebnissen hinzuführen. Für eine gezielte Vorbereitung und Förderung muss sie jedoch auch zwischenzeitig den Leistungsstand der Schülerin oder des Schülers in Bezug auf die Bildungsstandards kennen. Hiefür werden der Lehrkraft spezielle Hilfsmittel (z.B. Aufgabenbeispiele, diagnostische Instrumente) zur Verfügung gestellt.

2. Gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler:

Die Lehrkraft hat die angestrebten Lernergebnisse (Bildungsstandards) und die tatsächlich erreichten Lernergebnisse einander gegenüberzustellen, zu analysieren und eine Diagnose über den Leistungsstand der Schülerin oder des Schülers zu treffen. Bemerkt sie, dass manche Schülerinnen oder Schüler je nach unterschiedlichen Anlagen und Fähigkeiten Schwierigkeiten haben, diese Ziele zu erreichen, hat sie diese zu fördern und zu unterstützen. Die Lehrerin oder den Lehrer trifft die Verpflichtung, alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich zum angestrebten Lernergebnis zu führen.

3. Qualitätsentwicklung an der Schule:  
Standardüberprüfungen liefern dem Schulsystem eine Rückmeldung über die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Sie ermöglichen Steuerungsmaßnahmen, sowohl interner Art (an der Schule) als auch externer Art (durch die Schulbehörden). Die Schulen haben die Auswertungsergebnisse zum Zweck konkreter Qualitätsentwicklungsmaßnahmen zu erhalten. Solche Maßnahmen könnten z.B. sein:  
Die Abhaltung pädagogischer Konferenzen oder Fachlehrerkonferenzen, die Ausarbeitung von methodisch-didaktischen Konzepten oder von Konzepten für Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, methodisch-didaktischer Erfahrungsaustausch oder die Bildung bzw. Konsultierung von Netzwerken, sämtliche Maßnahmen allenfalls unter Miteinbeziehung bzw. auf Initiative der Schulaufsicht. Ziel ist es jedoch nicht, die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer aus dienstrechtlicher Sicht zu beurteilen. Die regelmäßige Auseinandersetzung mit Standardergebnissen soll dazu beitragen, eine Kultur der Selbstevaluation und der gemeinsamen Qualitätsentwicklung an der Schule zu fördern.“ (Verordnungsentwurf, S. 6)

Viele LehrerInnen werden es als ausgesprochen beruhigend einschätzen, dass das Ziel nicht ist „die Leistungen der Lehrerinnen und Lehrer aus dienstrechtlicher Sicht zu beurteilen“ (Verordnungsentwurf, S. 6). Manche werden sich vielleicht sogar, nachdem sie die-

sen Satz gelesen haben, entspannt zurücklehnen, hoffen, dass auch künftige Regierungen dieser Linie folgen und für sich denken ... das ist ja harmlos!

### Geplante Maßnahmen?

Nicht strafen, sondern fördern scheint das Motto der Verordnung. Stichworte dazu aus dem Entwurf sind Konferenzen, methodisch-didaktische Konzepte, Weiterbildungsmaßnahmen und Bildung bzw. Konsultierung von Netzwerken. Das ist zweifelsohne wichtig und gut, aber mir kommen doch drei kritische Fragen dazu in den Sinn:

1. Machen wir das nicht schon seit vielen Jahrzehnten?
2. Reichen die verordneten Maßnahmen aus, um den Unterricht tatsächlich zu verbessern?
3. Was wird nicht bedacht?

Die Fragen beantworten sich fast von selbst. Allerdings macht es vielleicht Sinn, der Beantwortung etwas mehr Raum für neue Gedanken bzw. daraus resultierende Forderungen ans Ministerium bzw. die neue Regierung einzuräumen, weil ja alle Parteien (hoffentlich auch nach der Wahl) die Bildung verstärkt fördern wollen. Vielleicht kann ja der erhofften Förderung eine sinnvolle Richtung gegeben werden.

**Ad 1)** In den letzten Jahrzehnten sind die finanziellen Aufwendungen für die Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen immer wieder gekürzt worden. Vielleicht signalisiert die Verordnung hier eine **Trendumkehr? Nein, leider nicht.** Unter der Überschrift „Finanzielle Auswirkungen“ steht gleich auf der ersten Seite: „Durch eine dem Entwurf entsprechende Verordnung entstehen keine finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.“ (Verordnungsentwurf, S. 1) Das kennen wir aus vielen bildungspolitischen Forderungen und ihrer Umsetzung in den letzten Jahrzehnten: Wir, die im Bildungsbereich Tätigen, sollen alles besser machen – es darf aber nichts kosten! Geld soll offenbar nur für das BIFIE und die Maßnahmen bezahlt werden, die zur Entwicklung der Testitems etc. notwendig sind. Nun ist allgemein be-

kannt, dass mehr Qualität mehr Geld kostet. In der österreichischen Wirtschaft, die bekanntlich sehr für Qualitätsverbesserungen in den Schulen ist, um den Wirtschaftsstandort Österreich noch attraktiver zu machen, ist es ganz selbstverständlich, dass bessere Produkte oder Dienstleistungen mehr Geld kosten. Vielleicht kann sie diese Selbstverständlichkeit auch der Regierung mitteilen?

Bisher liegt der Schluss nahe, dass vorhandene Maßnahmen, also etwa über die derzeit übliche LehrerInnenfortbildung oder die IMST-Aktivitäten, inhaltlich anders benannt oder ausgerichtet werden sollen, damit die LehrerInnen der in Pkt. 2 genannten Verpflichtung zur „gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler“ besser nachkommen können.

Nun besteht eine Verpflichtung zur gezielten Förderung der Schülerinnen und Schüler auch ohne die neue Verordnung und die bisherigen Veranstaltungen zur LehrerInnenfortbildung haben sich ganz ohne Zweifel nach besten Kräften oder so gut es in der jeweiligen Situation ging bemüht, die LehrerInnen dabei zu unterstützen. Wenn hier etwas geändert werden soll, so ist zunächst genauer zu untersuchen, welche Effekte die bisherige LehrerInnenfortbildung hatte. Wenn die Regierung den Eindruck hat, es sei eine neues Maßnahmenbündel zur Qualitätssicherung und -entwicklung an den Schulen notwendig, dann scheint offenbar der Eindruck vorzuherrschen, dass die derzeitige Qualität nicht hinreicht bzw. ohne Entwicklung über die neue Outputsteuerung durch Standards schon bald unzureichend sein wird. Vielleicht haben die PISA-Ergebnisse einen solchen Eindruck erzeugt.

Wenn der Eindruck vorliegt, dass im Hinblick auf die Qualität ministerieller Handlungsbedarf vorliegt, impliziert das auch eine Aussage über den (Miss-)Erfolg der bisherigen Aus- und Fortbildung von LehrerInnen. Damit eröffnet sich ein weites Feld für empirische Forschungen, auf deren Resultate ich gespannt bin.

Wieder einmal sollten wir Lehrer und Lehrerinnen mehr und besser arbeiten, aber Kosten entstehen dem Staat dadurch keine.

LehrerInnenfortbildung am Prüfstand

Nur Informieren genügt nicht - siehe (wieder einmal) ManagerInnen-ausbildung: Vorschlag eines mobilen BIFIE-Teams zur Unterstützung von Qualitätsentwicklung.

**Ad 2)** Wenn beklagt wird, dass die bisherige LehrerInnenfortbildung zu wenig positive Effekte im Hinblick auf die Qualität des Mathematikunterrichtes zeigt, dann lässt sich aus meiner Sicht eine wichtige Ursache dafür auch ohne weitere empirische Forschung benennen. Mathematik-LehrerInnenfortbildung findet in der Regel als Informationsveranstaltung statt: LehrerInnen lernen etwas über Unterrichtsinhalte, neue Methoden und ihre Verbindung zu Unterrichtskonzepten, also zum Beispiel etwas über Stochastik, offenen Unterricht und das Modellieren stochastischer Zusammenhänge in offenen Unterrichtsformen wie Projektunterricht. Das ist ohne Zweifel sehr wichtig und verdienstvoll, aber keinesfalls eine Garantie für die gelungene Umsetzung dieser Information im Unterricht der fortgebildeten LehrerInnen. Weshalb nicht? Es gibt, um ein Beispiel für angestrebte Verhaltensänderung aus einem ganz anderen Bereich des Lebens zu nennen, sehr viele sehr gut aufbereitete Informationen über die Gefahren von Suchtgiften wie Tabak und Alkohol, aber keinesfalls den gewünschten Erfolg in der Verhaltensänderung der Menschen, die diese Suchtgifte nach wie vor in größerem Umfang zu sich nehmen. Ähnlich ist es bei Themen wie gesunde Ernährung, rücksichtsvolles Autofahren etc. Eine nachhaltige Verhaltensänderung ist durch Information allein offenbar nicht oder nur schwer erreichbar.

Was heißt das für die LehrerInnenfortbildung? Wenn tatsächliche Verhaltensänderung, also neue Inhalte und neue Methoden und anderes Lehrverhalten im Unterricht, erreicht werden soll, muss kräftig investiert werden. Vielleicht können wir ja hier von der Industrie lernen? Aus der professionellen Personalentwicklung wird über bemerkenswerte Erfolge des individuellen Coachings berichtet, also über eine nachhaltige Unterstützung jener Personen (z.B. ManagerInnen), die etwas Neues auf neue und bessere Art machen sollen, durch individuelle Beratung und individuelle Rückmeldungen zu dem, was sie bisher gemacht haben.

Wie kann das konkret aussehen? Nehmen wir an, in einer Schule seien Klassen bei Standard-Tests durch unterdurchschnittliche Testergebnisse aufgefallen. Daraufhin schickt das BIFIE oder das Ministerium ein kleines Team von ExpertInnen an diese Schule, die für einige Wochen den Unterricht beobachten, den LehrerInnen ein individuelles und konstruktives Feedback geben, ihnen dabei helfen, sich fachlich und methodisch ebenso wie im Hinblick auf ihr persönliches Verhalten im Unterricht zu verbessern. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich solch eine Unterstützung nachhaltig und positiv auf die LehrerInnen und ihren Unterricht auswirken kann, wenn einige wichtige Voraussetzungen erfüllt sind.

1. Schule, Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen müssen eine solche Unterstützung als positive und sinnvolle Hilfe ansehen und diejenigen sehr achten, die bereit und in der Lage sind, Hilfe zu geben und Hilfe anzunehmen. Wenn solche Aktivitäten den Ruf und die Form bekommen, den derzeit Führerscheinnachschulungen für ertappte AlkoholsünderInnen haben, sind sie vermutlich nur Zeit- und Mittelverschwendung. Wenn Schuldige gesucht werden und die Unterstützung als Bestrafung empfunden wird, ist sie schon im Ansatz gescheitert.
2. Das Beratungsteam muss fachlich und fachdidaktisch sehr gut qualifiziert sein, also sowohl den zu unterrichten Stoff als auch die dazu vorhandenen mathematik-didaktischen Konzepte sehr gut kennen.
3. Das Beratungsteam muss hinreichend sozial kompetent sein, also in der Lage sein, professionell zu beraten bzw. die Maßnahmen zur Personalentwicklung professionell einzusetzen (damit aus Ratschlägen keine Schläge werden).

Der Aufbau solcher Teams wird ebenso wie ihr Einsatz einiges Geld kosten – aber Qualität hat nun einmal ihren Preis!



**Qualitätssicherung kostet Geld** und beginnt bei menschenwürdigen Arbeitsplatzverhältnissen.

Die Enge im Konferenzzimmer erschwert guten Unterricht.

**Ad 3)** Nehmen wir einmal an, die individuelle Fortbildung gelingt – durch Coaching etc. wird eine nachhaltige Verbesserung der Kompetenz der Lehrenden und der Qualität ihres Unterrichts erzielt. Reicht das? Leider nicht! Es gibt mindestens zwei weitere reichende Ebenen, auf denen Schulen der Unterstützung bedürfen, nämlich einerseits die Schule selbst als Bildungseinrichtung (Gebäude, Zusammenarbeit, soziale Organisation etc.) und andererseits ihr lokales und gesellschaftliches Umfeld.

In Österreich wurde in den letzten Jahren nur wenig Geld für Schulbau investiert. Welche Schule ist so ausgebaut, dass sie den pädagogischen Wünschen (z.B.: Arbeitsräume für Kleingruppen) oder den ministeriellen Wünschen an LehrerInnen genügt? Wenn im Zuge der Debatte um die Qualitätssteigerung der Schulen gefordert wird, dass LehrerInnen ihre Dienstzeit in der Schule verbringen, um dort für pädagogische Beratungen, Konferenzen, schulinterne Fortbildung etc. anwesend und verfügbar zu sein, brauchen LehrerInnen auch die dazu notwendigen Arbeitsplätze, sprich Büros. Kennen Sie eine Schule in Österreich, in der jeder Lehrer und jede Lehrerin ein eigenes Büro mit Computer und Regalen, Kästen und einer Sitzgruppe für Besprechungen und Beratungen hat? In vielen Schulen drängen sich die LehrerInnen in einem Raum, der aussieht wie ein ehemaliger Klassenraum und haben eine halbe Schulbank als Arbeitsplatz.

Im Zuge von vielen Gesprächen mit LehrerInnen habe ich gehört, wie viel Energie an Schulen für Konflikte innerhalb der Gruppe der LehrerInnen bzw. in der Beziehung zur Schulleitung verloren geht. Nicht selten berichten LehrerInnen, dass sie sich – auch gesundheitlich oder körperlich – unwohl fühlen, wenn sie nur das Kollegium, an einzelne KollegInnen oder die Schulleitung denken. Nach dem morgendlichen Gang zum Lehrerzimmer gehen sie schon „schlecht drauf“ ins Klassenzimmer – und unterrichten natürlich auch nicht so gut, wie sie es könnten, wenn sie „gut

drauf“ ins Klassenzimmer kämen. Auf diesem schulinternen Feld könnte mit vergleichsweise geringen Mitteln viel positive Energie für guten Unterricht erzielt werden. Mit ein wenig gezielter Schulung und Übung in Sachen sozialer Kompetenz könnten übrigens auch von vielen LehrerInnen als unangenehm und belastend empfundene Situationen wie Konferenz, Beratung, Elternsprechtag etc. deutlich positiver gestaltet werden. Dazu gibt es wissenschaftlich solide durchgeführte Studien (<http://vbe.de/lehrerstudie-ueberblick.html>), die zeigen, dass der Lehrberuf tatsächlich besonders belastend für die Gesundheit ist.

Nehmen wir abschließend an, die Schulen würden baulich verbessert, die schulinternen Energieverluste deutlich gemildert und die Kommunikationssituation mit SchülerInnen und Eltern würde deutlich besser. Dadurch würde zweifelsohne sehr viel dafür getan, dass auch der Unterricht besser wird. Reicht das? Leider nein! Was fehlt denn noch? Viele Studien über den Zustand der Gesellschaft insgesamt und insbesondere die Lage der Jugend in Österreich ([www.bmgfj.gv.at/cms/site/standard.html?channel=CH0605&doc=CMS1137418349899](http://www.bmgfj.gv.at/cms/site/standard.html?channel=CH0605&doc=CMS1137418349899), <http://www.oeij.at>) zeigen, dass viele Probleme, die sich in schlechten Schulnoten oder verhaltensauffälligen Kindern zeigen, hauptsächlich von außen in die Schule getragen werden. Auch gute LehrerInnen in guten Schulen haben viele und z.T. nicht lösbare Probleme mit Kindern, die nicht oder nur wenig erzogen in die Schule kommen. In einem Schulvergleich oder gar einem öffentlichen Ranking nach Testabschnitten bei Standard-Tests spielt das Umfeld der Schule vielleicht sogar eine größere Rolle als das, was in der Schule selbst stattfindet. Wovon rede ich? Von A-Klassen, also solchen mit vielen SchülerInnen, deren Eltern zu einer Gruppe wie arm, allein erziehend, arbeitslos, Asylanten, Ausländer, Alkoholsüchtige etc. gehören.

Hier ist bald eine gesellschaftliche Grundsatzentscheidung zu fällen: Soll Schule für Erziehung im Allgemeinen

Schulen fehlen für die von ihr erwarteten Erziehungsaufgaben die entsprechend qualifizierten Fachleute.

Es darf nicht dem schlechten Gewissen und der dafür unzureichenden Qualifikation der LehrerInnen überlassen bleiben, alles gleichzeitig erreichen zu wollen.

und Drogenberatung, Sozialhilfe, Kriminalitätsverhinderung, kulturelle Integration etc. im Besonderen zuständig sein oder nicht? Eine Schule, die „nur“ auf eine gute fachliche Ausbildung ausgerichtet ist, kann ein solches Ziel selbstverständlich viel leichter erreichen als eine, die all die gesellschaftlichen Probleme und Anforderungen mitlösen soll, die von außen in sie hineingetragen werden. Bekanntlich erhebt sich ja bei jedem in unserer Gesellschaft sichtbar werdenden Problem die Forderung, die Schule solle dieses Problem durch geeignete Erziehung lösen. Solche Wünsche sind etwa: Umwelterziehung verhindert die Klimakatastrophe, Verkehrserziehung die Opfer des Straßenverkehrs auf dem Schulweg, Gesundheitserziehung löst Gesundheitsprobleme, Medienerziehung hilft gegen Informationsflut, Pornografie im Internet und schlechte Computerspiele. Ich zweifele nicht daran, dass Erziehung einen kleinen Beitrag zur Lösung all dieser und weiterer Probleme leisten kann. Ich zweifele aber daran, dass Schulen derzeit dazu richtig ausgerüstet und mit dem entsprechend qualifizierten Personal ausgestattet sind. Wer glaubt denn ernsthaft daran, dass ein Lehrer oder eine Lehrerin ohne entsprechende mehrjährige Ausbildung dazu in der Lage ist, als PsychologIn oder SozialarbeiterIn erfolgreich tätig zu sein? Niemand! Wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin ohne entsprechen-

de Ausbildung außerhalb des Schulgeländes in einer solchen Richtung nebenberuflich tätig wird, kommt schnell eine Anzeige und eine Strafe. Die entsprechenden Berufe haben ganz zu Recht als Eingangsvoraussetzung eine mehrjährige Berufsausbildung mit Examen, die keinesfalls durch ein Wochenendseminar für LehrerInnen zum Thema ersetzt werden kann.

Schulen brauchen in der Frage ihrer grundsätzlichen Ausrichtung – fachlich versus gesamtgesellschaftliche Problemlöseeinrichtung – eine starke Unterstützung durch den Staat! Wenn sie sich auf die fachliche Qualifizierung (oder in der Sprache der Verordnung die Vermittlung der gewünschten fachlichen Kompetenzen) konzentrieren soll, braucht sie staatlichen Schutz vor weiteren Anforderungen. Es darf nicht dem schlechten Gewissen und der dafür unzureichenden Qualifikation der LehrerInnen überlassen bleiben, alles gleichzeitig erreichen zu wollen. Deshalb ist für den Fall, dass anders entschieden wird und Schulen viele zusätzliche Funktionen übernehmen und gut erfüllen sollen, sehr viel entsprechend qualifiziertes Personal aufzunehmen. In den USA gibt es schon Schulen mit den entsprechenden baulichen Voraussetzungen inklusive Sicherheitszaun und Security, in denen die Mehrzahl der Beschäftigten NICHT LehrerInnen sind.

Wollen wir das?

## Wiener Termine

WILI-Treffen jeweils am ersten Dienstag im Monat von 19:00-20:30 im KIV-Klub im 2. Bezirk, Große Mohrengasse 42 / Ecke Odeongasse

Di 4.11. (aus Schulen, FA, Gewerkschaft - Schwerpunkt Arbeitsbedingungen -- Buffet-Mitbringsel haben sich bewährt, bitte nehmt Kleinigkeiten mit)

2. Dez., 13. Jän.,  
10. Feb., 3. März,  
21. April, 9. Juni.

\*\* Bitte vormerken ... \*\*

## Tiroler Termine

Treffen der **Tiroler LehrerInnen Initiative** am 27. Okt. und 24. Nov. (jeden letzten Montag im Monat) um 19 h über dem Weltladen bei der Triumphforte in Innsbruck

Treffen der **Tiroler Plattform für eine gemeinsame Schule** am 13. November, 19 Uhr im TREWI, Michael-Gaismair-Straße 7 in Innsbruck (weitere Termine siehe unter "Demnächst" in [www.gemeinsame-schule.at](http://www.gemeinsame-schule.at))

"Göteborg in Glitterberg", Veranstaltung der Plattform über einen **"Schulversuch im Liegendunterricht"** mit Oswald Perktold am 30. November um 20 Uhr im Bierstindl in Innsbruck - damit wir auch wieder einmal etwas zu lachen haben

## Lohnzettel immer kontrollieren

Ich hoff' ja nicht, dass das oft vorkommt, aber lieber einmal zu viel kontrollieren, als einige/viele Euro verlieren:

Auf meinem Septemberlohnzettel fand sich eine Aufrollung über die Monate Jänner bis Juni. Da die Zahlen dort sehr unterschiedlich waren, schaute ich genauer. Und da merkte ich, dass das einen Abzug von über 1500 € ergab (da im Sept. ein Urlaubsgeldanteil dabei ist, war mir das erst gar nicht aufgefallen). Nachfragen in der Schule und im LSR ergab, dass keine der zuständigen Stellen sich den Abzug erklären konnte und betonte, dass sie ihn nicht eingegeben habe. So bekam ich das Geld mit dem Oktoberbezug wieder zurück.

Also lieber nicht auf UPIS-Rap, pmSAP - oder was auch - immer verlassen!

### **Finanzkrise, eine Krise für alle von wenigen erdacht und durchgestylt mit Mitteln der modernen Kommunikation.**

*Es ist noch nicht so lange her, als die krawatteten Banker und die stöckelbeschuhten Anlageraterinnen Einzug in unseren Konferenzzimmern hielten - natürlich im Anschluss an eine Konferenz oder übergangslos vor einer Konferenz.*

*Natürlich kamen sie von jenen Instituten, die die Schule sponserten, da die Schule ja seit Jahren dank falsch verstandener, falsch interpretierter und vom Staat gewollter Autonomie zu Bittstellern bei Banken geworden war.*

*Da war die Rede von Produkten, von Portfolios - kennen wir doch auch schon von den Standards, den neuen Mittelschulen, dem neuen Sprech in Wissenschaft und Wirtschaft und hoffen, dass sie die Zauberworte der Bildung werden, im Stillen jedoch wieder befürchtend nur eine Menge Papier für den Kübel zu erzeugen – von Kurven und zu erwartenden Gewinnaussichten und Erwartungen, den sogenannten Performances, die selbstredend alle in ungeahnte Höhen zeigten.*

*Diejenigen, die dem hohlen Glanz und Glitter der Operetten und Musicalwelt noch nie vertrauten, sind nun genauso die Geprellten, wie die fleißig anlegenden, von den Performances angeturnten vor Gier hechelnden spätkapitalistischen Traumtänzer, getäuscht von fremden und eigenen Eulenspiegeleien.*

*So weit – so schlecht – denn was machen wir nun als Lehrerinnen und als Bürgerinnen mit dieser Erkenntnis?*

*Weg von der Autonomie der leeren Säcke, die uns die Erfolgreichen dieses spekulativen Systems als Chance, als zynisches Geschenk der gelebten Demokratie hinterlassen.*

*Als Bürgerinnen fordern wir die Abkehr vom Wirtschaftssprech „weniger Staat, mehr privat“, denn wer den Staat als sein Privateigentum sieht, hat die Idee von Demokratie und Gesellschaft nicht nur nicht verstanden sondern auch bewusst beschädigt.*

*Staat da, wo notwendig zur Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft, privat dort, wo möglich zur individuellen Entfaltung.*

*Als Lehrerinnen verlangen wir die Bündelung der Ressourcen für unbedingt notwendige zukunftsweisende echte Reformen im Bereich der Bildung und Ausbildung. Wir lehnen das ewige Ziehen am gleichen Strang aber in entgegengesetzte Richtungen ab. Es muss vom Kindergarten bis zur Entscheidung über den beruflichen Weg eine einheitliche effiziente Neuorientierung stattfinden. Geschieht dies nicht, sind alle Mühen vergeblich und dienen nur der jeweiligen Klientel als kurzfristiges und teures Placebo.*

*Schulversuche sind dort notwendig, wo sie versucht werden sollen. In den Hochschulen für Unterrichts- und Erziehungswissenschaften.*

*Hier soll geforscht; verbessert und ausgebildet werden, damit wir Lehrerinnen das Wissen und die Befähigung zum guten Unterrichten erhalten. Bisher erlebten viele von uns nur ewiges Aus- und Verbessern bestehender Strukturen, ohne die Erkenntnis zu erlangen, jetzt endlich das Bessere zu tun.*

*Wir sind auch keine Geldeintreiber, keine Schausteller, die Kuchen und Getränke bei Schulfesten backen und verkaufen, die monatelang an einem Schulschlussprojekt arbeiten um jenes Geld dabei für die Schule zu lukrieren, das einfach jeder Schule fehlt, damit das Allernotwendigste für den Unterricht angeschafft werden kann.*

*Die Regierungen eines Staates haben die Aufgabe, die Bildung zu finanzieren, die sie wollen. Bis jetzt hat sich zwar immer jede Regierung dazu bekannt, doch wie war das noch mit den Wahlversprechen und Lippenbekenntnissen?*

*stow*

#### **Der neue ÖLI-Vorstand:**

Vorsitzender: Wilfried Mayr (APS),  
Stellvertr.: Ingrid Kalchmair (AHS)  
und Sepp Fasching (BMHS).

Schriftf.: Toni Hofer, Eva Schmudermayer.

Kassier: Josef G. Fuchsbauer, Toni Leitner.

Weitere Vorstandsmitglieder:

Katharina Bachmann, Peter Steiner,  
Karl Ablinger, Harald Satttek, Reinhart Sellner,  
Erwin Dorn, Christian Schwaiger,  
Irmgard Bernhard, Gernot Pedrazzoli,  
Hans Stipsits, Margit Holzschuster,  
Franz Kaiser, Gaby Bogdan.

Angesichts der Finanzkrise: Schulautonomie quo vadis? Auch das Sponsoring durch Banken und andere sollte wieder durch eine ausreichende Finanzierung vom Staat ersetzt werden.



ÖLI-UG- Österreichische LehrerInneninitiative  
Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Oktober 2008:  
Koalitionsverhandlungen

## Baustelle Schulreform



Mi trebamo vise uciteljada nas razumiju  
Wir brauchen mehr LehrerInnen, die uns verstehen  
Bize daha çok bizi anlayan Öğretmen lazın

Unsere SchülerInnen brauchen kleinere Klassen, 25 + Individualisierung, Förderung und Hilfe, Integration, ganztägige Gesamtschulen, die Schulen als weltoffenen, kinder- und menschenfreundlichen Lern- und Lebensraum.

Seit einem Jahren werden Klassen und Lerngruppen (dzt. 1.+2. Klassen VS, HS, AHS, Poly und Gruppen in 1.Klasse ORG+BMHS) kleiner und schon stellt sich heraus, dass LehrerInnen fehlen und zu wenig LehrerInnen von Uni und PH nachrücken.

**Schulreform braucht LehrerInnen**, die nicht nur in Wien schon heuer fehlen. Nach einem Jahrzehnt der Einsparungen, der Stundenkürzungen, überfüllter Klassen, wachsender sozialer und individueller Probleme, verbunden mit dem Desinteresse der damals zuständigen Ministerin („Ich habe ein Budget zu sanieren und damit basta!“) und geringer gesellschaftlicher Anerkennung der LehrerInnen-Arbeit - kein Wunder. Dazu kommen altersbedingte Pensionierungen und wenig Zuwachs aus Pädagogischen Hochschulen und Universitäten.

**Integration braucht LehrerInnen mit Migrationshintergrund**, mit Serbisch, Kroatisch, Türkisch, Polnisch oder Slowakisch als Muttersprache



### ÖLI-UG

Österreichische LehrerInnen Initiative-  
Unabhängige GewerkschafterInnen

[www.oli-ug.at](http://www.oli-ug.at), [www.ugod.at](http://www.ugod.at)

für den Inhalt verantwortlich: Reinhart Sellner,  
1090 Gießergasse 4, [sellner@kreidekreis.net](mailto:sellner@kreidekreis.net)



Diese Doppelseite kann als farbiges Flugblatt aus oeli-ug.at geholt, gedruckt und ausgehängt werden

ÖLI-UG sind im Unterricht, in Gewerkschaft und Personalvertretung engagierte **LehrerInnen aus APS, AHS und BMHS**. Wir schlagen der sich bildenden Bundesregierung folgende Maßnahmen vor:



### **Baustelle Schulversuche zur „neuen Mittelschule“ ...**

Die im September 2008 begonnenen Schulversuche im Zusammenwirken von APS, AHS und BMHS-Standorten intensivieren und ausweiten.



### **Baustelle LehrerInnenausbildung ...**

Universitätsausbildung auf Master-Niveau für alle LehrerInnen – Volksschule, Sekundarstufe I und II, Integration der Pädagogischen Hochschulen und der LehrerInnenweiterbildung in die Universitäten auf den Weg bringen.



### **Baustelle KlassenschülerInnenhöchstzahl 25, Integration ...**

Raumangebot und Ausstattung den kleineren (und daher mehr) Klassen anpassen, und praxisorientierten Fachunterricht räumlich möglich machen, den Erfordernissen eines schülerInnen- und lehrerInnen-freundlichen Arbeits- und Lebensraumes gerecht werden.



### **Baustelle LehrerInnenmangel ...**

Werbung für das Lehramtsstudium unter OberstufenschülerInnen, auch und besonders unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund – LehrerIn zu einem Beruf mit Zukunft machen, zu einem der Freude macht, weil Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Bezahlung gesellschaftliche Wertschätzung klar erkennen lassen.



### **Baustelle „teilzentrale“ Matura-Reform ...**

Fachbereichsarbeit, schriftliche und mündliche Matura weiter als Einheit, keine Entwertung der mündlichen Leistungen; Standard-Orientierung und Bildungsauftrag verbinden; Vergleichbarkeit, schulautonome und individuelle Schwerpunktsetzungen sicherstellen.



### **Baustelle Dienstrecht/Besoldungsrecht ...**

Ein **gemeinsames öffentliches Dienst- und Besoldungsrecht für alle LehrerInnen**, Einrechnung von Klassenvorstands-, Kustodiats-, Beratungs-, Koordinations-, Schulentwicklungsarbeit und Supervision in die Lehrverpflichtung – deutliche Anhebung der Einstiegsgehälter entsprechend den Anforderungen und der künftigen „Universitätsausbildung für alle“ mit Gewerkschaft und Personalvertretung ausverhandeln.



### **Großbaustelle Bildungsbudget**

Bildung kostet. **Soziale Steuerreform** 2009 oder 2010, Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, **Sichern des Sozial- und Bildungswesens durch Umverteilung**, durch: Spekulations-, Gewinn- und Besitzsteuern. Die Finanzkrise hat gezeigt, wie Steuergelder umverteilt werden können. Das geht auch von oben nach unten.



[www.zeit.de/2008/40/C-Lehrerseele](http://www.zeit.de/2008/40/C-Lehrerseele)

ZEIT Online 40/2008  
S. 87,  
von Arnfrid Schenk

**Ein Besuch  
in einer Klinik  
am Chiemsee,  
die sich auf psy-  
chosomatische  
Erkrankungen  
spezialisiert hat**

## Was Lehrer krank macht

Eine warme Septembersonne scheint in Prien am Chiemsee, Schmetterlinge flattern durch die Luft, der See streitet mit dem bayerischen Himmel um das schönste Blau. Prien ist ein wunderbarer Ort, um Urlaub zu machen. Für viele ist Prien aber vor allem ein Zufluchtsort, ein Ort, um wieder zu sich zu kommen, sich nach einem Zusammenbruch langsam wieder aufbauen zu lassen. In der Klinik Roseneck, spezialisiert auf psychosomatische Krankheiten. Sucht man eine Antwort auf die Frage, was Lehrer krank macht, hier findet man Antworten.

Knapp 300 Lehrer kommen Jahr für Jahr in die Klinik. Die eine Hälfte aus Bayern, die andere aus der ganzen Republik. Es sind nicht nur Lehrer aus Problemschulen, Gymnasiallehrer sind genauso vertreten wie Grund- oder Hauptschullehrer. Die meisten sind um die fünfzig Jahre alt.

»Wer hierher kommt, hat meist schon eine achtjährige Leidenszeit hinter sich«, sagt Andreas Hillert. So lange dauert es, bis die Patienten sich eingestehen, dass sie es allein nicht mehr schaffen. Hillert ist Psychiater, Psychotherapeut und Chefarzt an der Klinik Roseneck. Seit über einem Jahrzehnt hat er sich auf psychosomatisch erkrankte Lehrer spezialisiert.

Kleine Papierstapel bedecken den Schreibtisch in seinem Büro, nächste Woche hält er einen Vortrag zum Thema Lehrergesundheit, er druckt die Unterlagen dafür aus. Auf einer Folie sind Diagnosen aufgelistet. Depressive Störungen: 60,9 Prozent. Angststörungen: 11,6 Prozent. Tinnitus: 4,3 Prozent. Die Liste ist noch länger. Von dem gängigen Begriff Burn-out, unter dem allgemeine Erschöpfungszustände zusammengefasst werden, hält Hillert nicht viel: Das sei keine Diagnose, viel zu schwammig.

Was macht die Lehrer krank, Dr. Hillert? Hillert erzählt. Von Lehrern, die sich seit Jahren angegriffen fühlen von

Schülern, von Eltern, von Kollegen. Die mit dem Rücken zur Wand stehen und, oft das Schlimmste für sie, von ihrem Schulleiter nicht unterstützt werden. Er erzählt von Situationen, die den Betroffenen den Rest gegeben haben. Da ist die Lehrerin einer Münchner Brennpunktschule, in deren Klasse ein Schüler aufstand, die Hosen runterließ und anfang zu onanieren.

Da ist die Grundschullehrerin, bei der Eltern Sturm gelaufen sind, weil sie keine Empfehlung fürs Gymnasium ausgestellt hatte. Und deren Schulleiter den Eltern sagte: Jaja, mit der gab es schon immer Probleme. »Die Rolle des Schulleiters spielt bei vielen Patienten eine zentrale Rolle«, sagt Hillert.

So auch bei dem Lehrer, der im Flur auf Hillert wartet. Nennen wir ihn Müller. Er unterrichtet an einer Berufsschule. Es ging ihm gut, bis ein neuer Schulleiter kam. Der vermutet hinter jedem Projekt, das nicht nach Dienst nach Vorschrift aussieht, eine Profilierungssucht des engagierten Lehrers. Deswegen sei er mit seinem Vorgesetzten aneinandergeraten, erzählt Müller. Der sorgte daraufhin dafür, dass er andere Klassen unterrichten muss. Er hat nun Schüler, die in Haupt- und Sonderschulen versagt haben, die ein Programm durchlaufen, das sich »Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt« nennt. Schüler, die sich aufgegeben haben. Die im Unterricht machen, was sie wollen. Schüler, von denen Müller sagt, man habe nach einem Jahr viel erreicht, wenn sie sich fürs Zuspätkommen entschuldigen. »Was einen dabei fertigmacht, ist die eigene Ohnmacht«, sagt Müller.

Er fühlte sich erschöpft, rief seine Freunde nicht mehr an, hatte keine Freude mehr am Leben. Er vergaß plötzlich viele Dinge, hatte »richtige Aussetzer«. Da ging er zum Amtsarzt. In Roseneck absolviert er ein Programm, das »Arbeit und Gesundheit im Lehrerberuf« (Agil) heißt. In acht Gruppensitzungen sollen die Lehrer lernen, Stressfaktoren zu erkennen, wie sie mit

**Mangelnde Anerkennung führt bei vielen LehrerInnen zu einer permanenten Kränkung**

Stress besser umgehen können, wie sie sich besser erholen können. Ziel ist die Rückkehr in den Beruf.

Um herauszufinden, was Lehrer krank macht, vergleicht Hillert in Studien, die er gemeinsam mit Kollegen der Universität Marburg und der TU München durchführt, gesunde mit kranken Lehrern. Fragt man nach Gründen für die Berufswahl, dem Engagement oder dem Ehrgeiz, ergeben sich keine Unterschiede zwischen den beiden Gruppen.

Mangelnde Anerkennung führt bei vielen zu einer permanenten Kränkung.

Was sich bei erkrankten Lehrern aber feststellen lässt, ist etwas, was Hillert »unkonkreten Idealismus« nennt. Viele wollen stets beliebt, immer gerecht und objektiv sein. Sie streben nach Perfektionismus, der in der Realität unerreichbar ist.

»Entscheidend ist weniger die Belastung, die von außen kommt«, sagt Hillert, »entscheidend ist, wie die Einzelnen mit der Belastung umgehen.« Besonders gefährdet sind die, die sich völlig verausgaben, und die, die resignieren, sich zurückziehen.

Und es gibt noch einen Punkt, der Lehrer verwundbarer macht als Angehörige anderer Berufsgruppen. Er hat mit Wertschätzung zu tun, sagt Stefan Koch, Psychotherapeut und Kollege Hillerts an der Klinik Roseneck. Koch erklärt es anhand eines sogenannten Gratifikationskrisenmodells. Es sollte eine Balance geben zwischen dem, was man in seine Arbeit hineinsteckt, und dem, was man herausbekommt an Belohnung. Diese Belohnung lässt sich festmachen an Beförderung, am Gehalt oder eben an Wertschätzung. Weil für Beförderung und Gehalt im Schulsystem nur wenig Spielraum ist, spielt für Lehrer der Faktor Wertschätzung eine viel größere Rolle. Und gerade an der mangelt es oft.

Oft müssen sie in der Öffentlichkeit als Sündenböcke herhalten, werden als faule Säcke gebrandmarkt, die lange

Ferien und ansonsten morgens recht und nachmittags frei haben.

Die mangelnde Anerkennung führt bei vielen zu einer permanenten Kränkung. Auch wenn diese Missachtung manchmal mehr gefühlt zu sein scheint als tatsächlich vorhanden, wie die aktuelle ZEIT-Umfrage (siehe Grafiken S. 85) zeigt.

Erschwerend hinzu kommt, dass Lehrer nie gelernt hätten, mit Kritik umzugehen, sagt Hillert. Weder in der Ausbildung noch im Beruf. »Es gibt in den Schulen keine Kultur des Sich-konstruktiv-auf-die-Finger-schauen-Lassens.« Gibt es Kritik, dann läuft es darauf hinaus, einen fertigzumachen, so die Wahrnehmung der Lehrer.

»Schule wird so zum pathologischen System«, sagt Hillert. Ein System, aus dem sich viele nur durch Flucht retten. 75 Prozent der Lehrer scheiden vorzeitig aus dem Berufsleben aus, die meisten davon krankheitsbedingt. Dass man sich diesen Burn-out aber auch leisten können muss, zeigen Statistiken: So nimmt die Zahl der krankheitsbedingten Frühpensionierungen leicht, aber stetig ab, seit an den Pensionen gekürzt wurde.

### Zum Thema

**DIE ZEIT 40/2008: Die Angst der Lehrer:** Laut einer ZEIT-Umfrage halten die Deutschen die Lehrer ihrer Kinder für gut. Doch viele Pädagogen sind unsicher. Warum es ihnen schwer fällt, mit Kritik umzugehen

[www.zeit.de/2008/40/C-Lehrer](http://www.zeit.de/2008/40/C-Lehrer)

**DIE ZEIT 40/2008: »Ein schön schwerer Beruf«:** Der Hamburger Landeschulrat Peter Daschner über das Lehrerklichee in den Medien, den Reiz des Berufs und das Selbstbild der Lehrkräfte.

[www.zeit.de/2008/40/C-Interview-Daschner](http://www.zeit.de/2008/40/C-Interview-Daschner)

**DIE ZEIT 40/2008: Der Beruf in Zahlen:** Die Hälfte der Lehrer ist über 50, jeder Zweite fühlt sich überlastet.

[www.zeit.de/2008/40/Lehrer-Fakten-neu](http://www.zeit.de/2008/40/Lehrer-Fakten-neu)



Ingrid Kalchmairs  
Zusammenfassung  
einer Vortrags- und  
Diskussions-  
veranstaltung am  
8. Oktober 2008 im  
Bildungshaus St.  
Gabriel/Mödling.

kalchmair (a)  
kreidekreis.net

Die  
ReferentInnen:

- Univ. Prof. Dr.  
Arthur  
**METTINGER**  
(Vizerektor Uni  
Wien)

- Univ. Prof. Dr.  
Ilse  
**SCHRITTESSER**  
(Forschungsein-  
heit für Lehrer/  
innenbildung und  
Professionalisie-  
rungsforschung -  
FeLP - Institut für  
Bildungswissen-  
schaften der Uni  
Wien)

- Prof. Dr.  
Michael **SERTL**  
(Pädagogische  
Hochsch.Wien)

## Lehrer/innen-Ausbildung

4 Themenbereiche wurden sehr inter-  
essant behandelt:

- Wie sieht die Universität die Forde-  
rung einer gemeinsamen Leh-  
rer/innenbildung
- Welche Reformen sind beabsichtigt
- Sind Formen der Kooperation zwis-  
chen Universität und PH vorge-  
sehen
- Stärken der Universität, Stärken der  
PH

Dr. **Mettinger** eröffnete mit einem  
Überblick über den IST-Stand der kom-  
binationspflichtigen Lehramtsstudien (9  
Semester) an der Uni Wien plus Unter-  
richtspraktikum mit dem Hinweis, dass  
seit 2002 die Fachdidaktik gegenüber  
der Fachwissenschaft gestärkt wurde.  
Im Rahmen der Rektorenkonferenz  
wurde eine „Task Force Lehramt“ in-  
stalliert, deren Studien u.a. for-  
schungsgeleitet, berufsVORbildend,  
kompetenzorientiert, fachbezogen „ge-  
neralistisch“ (mit Bachelorabschluss)  
und spezialisiert (mit anschließendem  
Masterabschluss) und damit europa-  
kompatibel sind. Er unterstrich Bildung  
als gesellschaftlichen Wert generell  
und die Rolle der Lehrer/innen in der  
Wissensgesellschaft im Speziellen: de-  
ren Aus- und fachliche Weiterbildung  
im Lichte eines europäischen Kompe-  
tenz- und Qualifikationsrahmens. Un-  
abdingbar sind ein gutes fachwissen-  
schaftliches Niveau, der Auf- und Aus-  
bau fachdidaktischer Zentren als  
Schnittstellen und eine Rückkoppelung  
der Schulpraxis mit den Universitäten,  
wobei großer Reformbedarf bei der  
Ausbildung der Bertreuungsleh-  
rer/innen besteht. Eine Kooperation  
zwischen Uni und PH ist zu entwickeln,  
wobei sich die Universitäten verstärkt  
bedarfsorientiert in die Weiterbildung  
einbringen müssen. Bildungspolitisch  
langfristig gesehen aber geht **Mettin-  
ger** davon aus, dass die PH keine Zu-  
kunft haben werden. Gegenwärtig, so  
Dr. **Schrittesser**, könnte die Uni sofort  
alle PH-Studierenden der Sekundarstu-  
fe I übernehmen, für die universitäre

Ausbildung der VS- oder gar Kinder-  
gartenpädagogInnen allerdings fehlten  
die Ressourcen zur Zeit. Ziel sei die  
Ausbildung von PädagogInnen mit ho-  
her Vermittlungskompetenz, pädagogi-  
scher Kompetenz und Fachkompetenz  
UND die notwendige Soziologie- und  
Psychologie-Kompetenz. **Schrittesser**  
ergänzt, dass es zwar eine Arbeits-  
gruppe in den Ministerien BMBWF und  
BMBWK gebe, die in Richtung „Kompe-  
tenz“ (Wissen und Können) arbeite, ein  
gemeinsamer politischer Grundkon-  
sens bestehe aber nicht.

Mettinger spricht von 3 österreichi-  
schen Modellen:

**1.** Der Stufenlehrer: BA für Sekundar-  
stufe I, MA für Sek.II.

Dieses Modell ist nicht haltbar, da für  
Sek.I ebenso viel Fachwissen wie für  
Sek.II gebraucht wird.

**2.** Das Scholikmodell: Erster Schritt ist  
ein päd. Bachelor, zweiter Schritt der  
Fach-Master.

**3.** Das 2-Fach-Modell: Für alle ein Stu-  
dium mit 2 Fächern, mit der Befähig-  
ung für Sek.I und Sek.II.

**Schrittesser** erläutert das 4-Säulen-  
modell der päd. Ausbildung/der Profes-  
sionalisierung, bestehend aus Fachwis-  
senschaft, Fachdidaktik, päd. wissen-  
schaftl. Berufsvorbereitung (PWB) und  
schulpraktische Ausbildung (SPA). Sie  
stellt 2 Initiativen vor: EPIK (Entwicklung  
von Professionalität im internationalen  
Kontext) und Weißbuch Lehrer/innen-  
bildung, mit den Zielkompetenzen des  
Erklärenkönnens, des in Kontakt treten  
Könnens, der Motivationsfähigkeit und  
der Selbsterhaltungsfähigkeit. Aus-  
zugsweise enthält das „Weißbuch Leh-  
rer/innenbildung“ Arbeitsergebnisse von  
Nichtlehrer/innengruppen aus den Be-  
reichen Medien, Kultur und Wirtschaft:  
Bildung ist Zukunftsthema unserer Ge-  
sellschaft; die Schulen der Zukunft wer-  
den verstärkt Entscheidungsfähigkeit  
vermitteln müssen, denn Menschen  
werden in ihrem Leben mehrmals Bil-  
dungsentscheidungen zu treffen haben;  
Schulen sollen zur Selbstbestimmung  
qualifizieren, sollen Vielfalt, Individual-



sierung und Gemeinsamkeit vermitteln und zum Bestehen in der Wirtschaft ausbilden. Die 5 Domänen der Lehrer/innen-Professionalität sind: Differenzfähigkeit, Kollegialität, Reflexions- und Diskursfähigkeit, Personal Mastery (mit sich selbst umgehen können), Professionsbewusstsein (wofür bin ich zuständig, wie kann ich mich und meine Berufsgruppe öffentlich vertreten).

Dr. **Sertl** sieht die Forderung der gemeinsamen Lehrer/innenbildung gegenwärtig politisch nicht umsetzbar, solange das differenzierte Schulsystem in Österreich unantastbar verteidigt wird. Mit der Umwandlung der Pädagogischen Akademien in Pädagogische Hochschulen und dem damit verbundenen Etikettenschwindel (Titel-Upgrading Diplompädagoge zum europäisch vergleichbaren BA) hat ex-BM Gehrler ein reformbedürftig schweres Erbe hinterlassen. Das große Problem aller PH ist die Curricula-Verordnung: Module sollten austauschbar sein! Die PH Wien integrierte in jedes Modul Humanwissenschaften, Fachwissenschaften+Didaktik und Schulpraxis - das Ergebnis ist ein völliges Durcheinander. PH anderer Bundesländer konzipierten z.B. reine Fachwissenschaftsmodule! Den PH fehlt die wissenschaftliche Fachausbildung, die aber auch VS-Lehrer/innen zuteil werden müsste. **Sertl**, **Schrittesser** und **Mettinger** stimmen der Forderung nach einer gemeinsamen universitären PädagogInnenbildung zu. **Sertl** hofft nach der 6-jährigen Phase der Gründungsrektoren auf eine Zusammenlegung der PH mit den Universitäten. Grundtenor: die Lehrer/innenbildung wird dann attraktiver, wenn die gesellschaftliche Anerkennung der Profession steigt; wenn die Möglichkeit geschaffen wird, dass Menschen aus der Wirtschaft in den Lehrberuf mit entsprechend guter Dotierung einsteigen können und Lehrer/innen aussteigen können, um in der Wirtschaft Fuß zu fassen. **Mettinger** abschließend: Es braucht eine Basisausbildung, die die spätere Selbstqualifikation ermöglicht ebenso wie die bedarfsorientierte Weiterbildung.

Landesschulrat für Salzburg:

## **Der Berg bewegt sich –**

*unglaublich schnell, aber nur wenn er will...*

*Kennen wir ähnliche Geschichten nicht alle: Kollegin X wartet seit Jahren auf die Ausstellung ihres Dienstvertrages, Kollege Y möchte eine Anrechnung einer Qualifikation, um eine bessere Einstufung zu erreichen, aber die so gepriesene Effizienz der Landesschulräte scheint sich noch nicht bis zu diesen durchgesprochen zu haben, d.h., nichts passiert! Die Personalvertretung fragt nach, die Gewerkschaft interveniert, selbst die Direktion versucht ihre Kanäle zu nutzen - Effekt NULL! Der Berg, der Landesschulrat, bewegt sich nicht, steht unerschütterlich da, als ob die Karawane der „Bittsteller“ nicht existierte!*

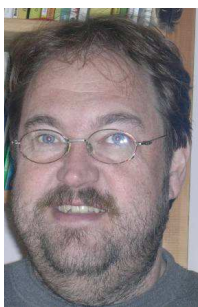
*Aber, oh Zeichen, oh Wunder, im Oktober 2008 regt sich der vermeintlich Unbewegliche: Die Untertanen, diese Zwerge, erregten seinen Unmut und ernteten schnellste Reaktion! Was war geschehen?*

*Erinnern wir uns – im Frühjahr war im Entwurf zur Teilungsverordnung noch von einer aufsteigenden Teilungsregelung für 31er-BHMS-/BORG-Klassen die Rede. Irgendwann ging aber der entscheidende Passus auf wundersame Weise verloren und so brachte der Herbst eben wieder nur den 1. Klassen die Drop-Out-senkende Unterstützung der Klasse zuteil. Die 2. Klasse (10. Schulstufe) hatte in Deutsch, Mathematik und in einem fachtheoretischen Gegenstand plötzlich wieder über 30 SchülerInnen. Die Landesleitung der Gewerkschaft wollte diesen Missstand aufzeigen, fragte den Direktor der HTL Salzburg, ob eine Klasse samt Lehrerin im Rahmen einer Pressekonzferenz befragt werden könne, und als Ergebnis entstand ein guter Artikel ohne Polemik in den Salzburger Nachrichten, Lokalteil, Samstag, 4. Oktober 2008.*

*Gleich zu Wochenbeginn fanden sich Direktor und LL-Vorsitzender der Wut des Berges ausgesetzt: Die Rede war von Disziplinarverfahren und einem ominösen Erlass aus grauer Vorzeit (- war da nicht einmal ein andersfarbiger Landesschulratspräsident?), der einem Direktor verbiete in die Presse zu gehen? Seltensam, davon war nie die Rede, wenn die Schule lobend in den Printmedien, im ORF aufschien – und das war im letzten Jahr relativ oft!*

*Fazit: Wenn Service verlangt ist, schüttelt sich der Berg nicht einmal. Wenn aber die Ruhe gestört scheint ...*

*Glosse  
von Josef  
Lemberger,  
GBA-Vors.  
HTL Sbg.*



Glosse von Peter Steiner, Mitglied im ZA-BMHS steiner (a) kreidekreis.net

## Wie eine Schulleitung QIBB ins Negative verkehrt und aus dem Schlamassel nicht mehr herauskommt!

P.S.: Als die Diskussion über die Sanktionen nicht enden wollte, schob die Schulleitung die Begründung nach, es seien nicht genug Geldmittel für die Fortbildungsmaßnahmen da. Pech: Gestrichene Seminare fanden am Dienort statt, keine Fahrt-, Übernachtungskosten! Übrigens: Wenn im Schnitt jede/r Lehrer/in nur jedes dritte Jahr einmal auf Seminar fahren darf, ist das QIBB?

## Du QIBB? – Ich nix vastehn!

„QIBB? Was hat das mit Schulqualität zu tun? L'ecole c'est moi! Und wenn ich vor dem Landes-schulrat gut dastehe, dann ist das Qualität genug!“. So oder ähnlich scheint sich das die Schulleitung (Standort und Namen der Redaktion bekannt) gedacht haben, als es um die Implementierung von QIBB gegangen ist.

### QIBB „voll freiwillig“

Als sich beim ersten Durchgang der LehrerInnen-Selbstevaluation nicht genügend Freiwillige fanden, rief die Schulleitung die vom BMUKK ausdrücklich geforderte Freiwilligkeit zur Zwangsmaßnahme aus und kontrollierte die Teilnahme über die den LehrerInnen zugewiesenen Klassen. Der innerschulische Wirbel trug sicher enorm zur Akzeptanz der zwangsbeteiligten LehrerInnen bei, dass QIBB eine positive Maßnahme zur Verbesserung der eigenen Unterrichtstätigkeit und des Schullebens sei!

Und damit die KollegInnen gleich wissen, wo der vorgesetzte Bartl den Most holt und wie QIBB zum Repressionsinstrument umgestaltet werden kann, folgten im Herbst 08 die Sanktionen: Einigen KollegInnen, die trotz Drohungen und Zwang die Selbstevaluation nicht durchgeführt hatten, wurde die Teilnahme an Fortbildungsseminaren verwehrt. Erstbegründung der Schulleitung: Wenn sie der Schule den „Gefallen“ der Evaluation nicht erweisen wollten, dann brauchten sie auch nicht mit einem Entgegenkommen bei Seminaren zu rechnen. So kurz, so stierschädelig stur feudal! L'ecole c'est moi!

### QIBB „voll verstanden“

Wie gründlich die betreffende Schulleitung das Prinzip von Qualitätssicherung durchhirnt hat, zeigt sich daran, dass nach der Erschütterung des österreichweit sowieso nicht großen Grundvertrauens in von oben verordnete Qualitätsmaßnahmen QIBB nun gegen Qualitätssicherung an sich angewandt wird.

Fortbildung der DienstnehmerInnen ist ein wesentlicher Teil der Qualität eines Unternehmens und wird in QIBB auch in einem eigenen Prozess erhoben. Verweigert die Schulleitung die Teilnahme an Fortbildungskursen, verhindert sie Qualitätsentwicklung an der Schule und erweist sich selber einen Bärendienst.

### QIBB voll kaputt

Denn welche Antworten werden von den LehrerInnen da wohl bei der QIBB-Abfrage der Unterstützung von Fortbildung von Seiten der Schulleitung kommen, die jedes Jahr evaluiert wird? Wahrscheinlich nicht die von der Schulleitung gewünschten!

Und dann? Eine neue Runde der Repression durch die sonnenköniglich agierende Schulleitung, dass die „richtigen“ Antworten gegeben werden? Und immer so weiter, bis alle Felder von QIBB betroffen sind und QIBB zu QABB geworden ist, der Qualitätssicherung der Absolut Beherrschten Berufsbildung?

## Haider und die Weltwirtschaftskrise

Peter Steiners Kommentar zum Weltgeschehen

„Unfassbar!“ „Total überraschend!“ „Mit Worten nicht zu beschreiben!“ Die Reaktionen sind die gleichen, wenn es um die weltweite Finanzkrise und den Tod des BZÖ-Gründers und Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider geht. Die beiden Ereignisse haben mehr Übereinstimmungen, als man auf den ersten Blick zu meinen glaubt.

Da haben wir einerseits eine weltweite Börsenwirtschaft, die sich einen Dreck um das Schicksal der von ihnen - euphemistisch „Transaktionen“ genannten - Zockerspielchen betroffenen Menschen kümmert und nationale Gesetze zum Sozial- und Umweltschutz international aushebelt, Wirtschafts- und Finanzsysteme ins Wanken bringt und daraus Profit zieht. Eine Zockerwelt, der Gesetze reichlich wurscht und der der eigenen Reichtum oder die Befriedigung der eigenen Spielsucht alles ist.

Andererseits haben wir einen Landeshauptmann, der mit mindestens 142 km/h und 1,8 Promille Alkohol im Ortsgebiet überholt und so stirbt, wie er gelebt hat, abgehoben von bestehenden Gesetzen und nur den Maximen seines Egos verpflichtet. „So war er eben!“ Verzeihende, mitfühlende, bedauernde Kommentare „seiner“ Kärntner Bevölkerung, die einen schwer alkoholisierten, BewohnerInnen Lambichls an Leib und Leben bedrohenden Raser zur letzten Ruhe geleitet.

„De mortibus nihil nisi bene“, „über Verstorbene nichts, wenn nicht Gutes“ lautet jener alte lateinische Wahlspruch. So kann es bei einem Politiker wie Haider aber nicht sein, der die Einhaltung von Gesetzen vehement mit Forderungen einer Law and Order-Politik, einer Politik der harten Hand gegen schwarzfahrende oder Kreuzungen bei Rot überquerende Asylsuchende zum (bei einem guten Drittel der WählerInnen-schaft viel bejubelten) Prinzip gemacht hat.

Ich habe über Haiders Tod weder gejubelt noch getrauert. Ich bin über die Kurzsichtigkeit und Unbelehrbarkeit der Menschen, die ihn wählten, immer verzweifelt.

Und genauso geht es mir mit der „hoch geehrten“ SpekulantInnenwelt und ihren WählerInnen, die von FondsmanagerInnen, AktienanbieterInnen und Drei-Pensions-Säulen-PolitikerInnen mit dem Versprechen aufs finanzielle Paradies um ihr Ersparnis und ihre Zukunftssicherheit gebracht werden.



Von Christian Schwaiger, schwaiger (a) kreidekreis.net

## ZA-AHS - Auf Eis Gelegtes und anderes

### Bundesverfassungsreform auf dem Eis

Zu begutachten war ein Entwurf zur Änderung der Bundesverfassung vom 11. März, statt der Landesschulräte (mit Kollegien) sollte in jedem Bundesland eine Bildungsdirektion eingerichtet werden und alle LehrerInnen sollten Bundesbedienstete werden. Für den Bundesrat waren zwei Varianten vorgeschlagen, nach einer davon würde er beschickt mit Landeshauptmann/-frau, Landtagspräsident/en/in und einem weiteren vom Landtag gewählten Mitglied. Das war der abgewählten Koalition offenbar zu heiß und seither hat man nichts mehr davon gehört (aber es kann ja wieder aufgetaut werden).

### Nationaler Qualifikationsrahmen heißer

Kommen wird sicher - weil EU-Vorgabe - ein in den europäischen eingebetteter „Nationaler Qualifikationsrahmen“, NQR. Ausbildung und Bildung soll eingestuft sein in acht Niveaus von der Volksschule bis zur Habilitation, Verwertbarkeit in der Wirtschaft ist vor allem gefragt, „Allgemeinbildung“ weniger, daher steigen die AbgängerInnen der BHS besser aus als die der AHS: Für zweiseitige war in einem „Konsultationspapier“ Niveau 4 vorgesehen (für BHS-Matura 5, der ZA-BMHS fordert Niveau 6 - wie Bachelorabschluss), der ZA-AHS hat natürlich gegen die niedrigere Einstufung argumentiert.

### Ganz heiß: die Standards

Im Mai wurde eine Novelle des SchUG vorgelegt und in § 17 „Unterrichtsarbeit“ dann ein Absatz 1a eingefügt, wo die Standards nun legislativ verankert sind. Im Oktober wurde die Verordnung dazu nachgeliefert, die zB die Zugriffsrechte auf die Testergebnisse konkretisiert: Direktion und Schulaufsicht sollen nur „aggregierte“ Daten von Klassen bzw. Schulen einsehen können, LehrerInnen „die nicht personenbezogenen Ergebnisse der Klasse“. Die SchülerInnen sollen Zugang zu ihren eigenen zB mithilfe eines Codes erhalten.

Da die Testung der 8. Schulstufe 2011/12 beginnt, „haben die Lehrerinnen und Lehrer“ der ersten Klassen in D, E, M im laufenden Schuljahr „damit zu beginnen,

den Unterricht an den Bildungsstandards zu orientieren“, sagen die Erläuterungen.

### Ganz geheim: die Maturareform

In derselben SchUG-Novelle vom Mai wurde die Einführung einer zentralen Matura schon vorbereitet: In § 37 Absatz 2 hieß es bisher: „Die Aufgabenstellungen sind wie folgt zu bestimmen“, nämlich durch den Prüfer oder auf Vorschlag des Prüfers. Nun heißt es einfach: „Die Aufgabenstellungen sind, **sofern sie nicht durch den zuständigen Bundesminister bestimmt werden, wie folgt zu bestimmen ...**“

Damit kann durch eine Ministeriumsverordnung jede Form einer zentralen Matura eingeführt werden. Natürlich gibt es dafür konkrete Überlegungen, aber dass man an den Schulen Genaueres nicht weiß, liegt an einer Geheimniskrämerei. Information der betroffenen KollegInnen schadet nach Meinung der BeamtInnen und der Leute vom Bildungsforschungsinstitut / BIFIE offenbar dem Gelingen der Verordnung.

### Änderung der

#### Eröffnungs- und Teilungszahlen-VO:

Kurios: Maßnahmen der VO sollen ab Schuljahr 2008/09 gelten, aber die Begutachtungsfrist endete am 15. September. Inzwischen gilt der ähnlich lautende „Krenthaller-Erlass“ vom 2. Juni: Teilungsmöglichkeit in den ersten Klassen der AHS in den lebenden Fremdsprachen ab 25 SchülerInnen in 1 Klasse (in der VO dann eigenartigerweise erst ab 30), bei 2 Klassen in 3 Gruppen ab 49; in 5 Gruppen ab 73 SchülerInnen usw.), in BE ab 30 (bisher 31), die Teilungen in den zweiten Klassen sollen in der Fremdsprache und BE fortgeführt werden. Neu in der VO: Latein ab 30 (in 3 Gruppen dann ab 53 SchülerInnen in 2 Klassen...)

### Oberösterreich neu im ZA

Kollegin Ursula Uhlmann, FSG, wurde Direktorin in Traun und übergab ihr Mandat an Peter Penteker. Unsere Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des ZA, Eva Schmudermayer, freut sich jetzt aufs „nur mehr Unterrichten“ und Ingrid Kalchmair aus Wels auf die Arbeit als neue Fraktionsvorsitzende; Reinhart Sellner ist nun stellv. Vorsitzender, wie andere erfolgreiche Organisationen hat die ÖLI-UG im ZA-AHS die Funktionen gesplittet.

## ZA-BMHS: Gemeinsam für die KollegInnen



Von Katharina Bachmann, bachmann (a)@kreidekreis.net

Konstruktive Zusammenarbeit der drei Fraktionen, eine gute, oft auch humorvolle Atmosphäre und interessante Diskussionen kennzeichnen die Arbeit der Mitglieder des ZA-BMHS. Zu unseren Arbeitsfeldern gehören Begutachtungen und Stellungnahmen zu Entwürfen von neuen Lehrplänen und zu Änderungen von Gesetzen und Verordnungen, Verhandlungen mit dem Ministerium (u. a. auch zu §10-Verfahren) und die Besichtigung von diversen Veranstaltungen. Einige Themen der letzten Zeit:

### Bildungsstandards

Obwohl die BMHS in der momentanen Situation von Bildungsstandards noch nicht direkt betroffen ist, wird auch hier schon an deren Entwicklung gearbeitet. In unserer Stellungnahme zu diesem Thema kritisierten wir den Widerspruch zur Lehr- und Methodenfreiheit, die Zeitpunkte der Testung und die unklare Regelung beim Datenzugriff. Zudem wurde festgestellt, dass die für die Standards festgelegten Inhalte manchmal im Widerspruch zu Lehrplänen stehen. Wir fordern den Zugang zu den Daten für das jeweilige Organ der Personalvertretung und entsprechende Ressourcen für die Durchführung und den Fall, dass Probleme behoben werden müssen.

### Eröffnungs- und Teilungszahlenverordnung

Die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf 25 wurde in unserem Bereich nicht durchgeführt, weil dies „dem berufsbildenden Schulsystem nicht gerecht werden würde“. Um vor allem die Situation in der 9. Schulstufe zu verbessern und die hohe Dropout-Rate zu senken, wurden Teilungen (bei Klassen über 30) in Deutsch, Mathematik (oder einem ähnlichen Gegenstand) und einem fachspezifischen Gegenstand ermöglicht. Wir begrüßen diese Teilungen sehr, vertreten aber generell die Position, dass eine Klassengröße von 25 auch im BMHS-Bereich Ziel sein muss. Damit würden dann auch Fächer wie z. B. Biologie und

Geografie profitieren, die jetzt nicht in den Genuss der Teilungen kommen. Zudem kritisieren wir sehr stark, dass diese Teilungen nur in der 9. Schulstufe und nicht aufsteigend für alle Schulstufen.

### NQR

#### (=nationaler Qualifizierungsrahmen)

Im Bereich der BMHS geht es hier vor allem darum, auf welchem Niveau unsere Abschlüsse eingeordnet werden. Von uns wurden unsere Schultypen auf Niveau 6 platziert, in den Sektionen des Ministeriums gab es hier keine einheitliche Stellungnahme.

### Weisungsfrage / Dienstweg

Aus einem konkreten Fall ergab sich die Frage, wer gegenüber den LehrerInnen weisungsberechtigt ist. Gespräche mit den zuständigen BeamtInnen im Ministerium ergaben, dass es zwar anscheinend einen klaren Dienstweg von unten nach oben, aber keinen von oben nach unten gibt. Somit haben sowohl LandesinspektorInnen als auch FachinspektorInnen ein Weisungsrecht. Der ZA ist der Meinung, dass es auch einen klaren Dienstweg von oben nach unten geben muss. So muss ein/e LehrerIn wissen, an wen er/sie sich halten muss, wenn unterschiedliche Anweisungen von der Direktion, dem Landesschulrat oder vom Ministerium kommen. Der ZA ist in diesem Fall um eine Klärung bemüht.

### Abgeltung für „Schwerpunktfach“

Der ZA setzt sich dafür ein, dass der Begriff „Schwerpunktfach“ auch in den Verordnungstext über die abschließenden Prüfungen in kaufmännischen und humanberuflichen Schulen aufgenommen wird (so wie es an den technischen Schulen schon der Fall ist), um eine Vereinheitlichung der Prüfungstaxen im berufsbildenden Schulwesen zu erreichen. Wir fordern hier die gleiche Entlohnung für die gleiche Tätigkeit. Das Bundesministerium ist der Meinung, dass das dafür nötige Geld intern aufgebracht werden müsste, z.B. durch eine Änderung in der Prüfungskommission. Somit würde der gleiche Geldbetrag anders verteilt werden und es müssten keine zusätzlichen finanziellen Mittel aufgewendet werden.

Dagegen wehrt sich der ZA. Dies war unter anderem auch ein Grund dafür, eine Umfrage zu den abschließenden Prüfungen an den Schulen zu machen.

### Reifeprüfungsumfrage

Es zeigte sich bei dieser Befragung, dass das Klima bei den abschließenden Prüfungen insgesamt sehr gut ist. Weitere Ergebnisse waren, dass die Vorsitzenden fallweise auf die Noten Einfluss nehmen, was ihnen aber nicht zusteht. Eine genaue Darstellung der Ergebnisse wird den Schulen noch vom ZA zugehen.

### Neuerung bei Berufsreifeprüfung / Lehre mit Matura

Die Vorbereitung für die Lehre mit Matura soll an den Berufsschulen erfolgen. Somit ist zu befürchten, dass eine zweite berufsbildende Ausbildung etabliert wird, die die Reifeprüfung anbietet. Die Wirtschaftskammer zeigt großes Interesse daran, dass es teilrechtsfähige Berufsschulen gibt, die am Ende der Lehrzeit die Berufsreifeprüfung anbieten können. Eine weitere Änderung des Berufsreifeprüfungsgesetzes macht es möglich, dass AbsolventInnen der Fachschulen und der dritten Jahrgänge der höheren Schulen ebenfalls die Berufsreifeprüfung ablegen können. Dies stellt natürlich eine Gefährdung der Aufbaulehrgänge dar. Uns ist natürlich klar, dass die Qualität solcher Reifeprüfungen nicht mit der Reife- und Diplomprüfung am Ende einer BHS vergleichbar ist und daher den jungen Menschen weiterhin der Besuch einer BHS als bester Weg zu einer berufsbildenden Matura zu empfehlen ist.

### Einrechnung für IT-Administration

Hier wurde schon im Juli eine Lösung erreicht, die mit Beginn dieses Schuljahres in Kraft treten sollte. Doch anscheinend fiel diese der Auflösung des Nationalrates zum Opfer, dies bedeutet für die Betroffenen eine Verlängerung ihrer schlechten Situation. Verhandlungen sind im Gange.

### Resümee

Man sieht: Die Themen, die behandelt werden, sind vielfältig und umfangreich. Die Erfolge nicht immer. Trotzdem macht die Arbeit Spaß, wahrscheinlich auch darum, weil wir – die drei ÖLIs im ZA – einfach gut miteinander und auch mit den 9 KollegInnen von FCG/FSG können.

ISBN-10: 3-552-06072-3, ISBN-13: 978-3-552-06072-2, 336 Seiten, Erscheinungsdatum: 8.3.08  
Buchbesprechung von Eva Schmudermayer, schmudermayer (a) kreidekreis.net

### Felber: Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus



„Das Gerücht vom Trickle-down –Effekt (englisch trickle = sickern) wurde von einem Wirtschaftsberater Ronald Reagans in die Welt gesetzt. Seine populäre Variante, die „Pferdeäpfeltheorie“, geht von dem Bild aus, dass die Pferde reichlich mit Hafer gefüttert werden müssen, damit auch für die Spatzen noch reichlich Korn abfalle - in den Pferdeäpfeln. Je mehr Futter für die Pferde, desto mehr Korn auch für die Spatzen. Man könnte natürlich die Spatzen auch direkt füttern, doch dann wären die Spatzen nicht mehr von der großzügigen Fütterung der Pferde abhängig“, schreibt Christian Felber.

Diese Theorie ist zwar wissenschaftlich nicht haltbar, hält sich aber noch immer politisch munter am Leben.

Im ersten Kapitel widerlegt Christian Felber eindrucksvoll und schlüssig den Satz von Friedrich A. von Hayeck:

„Wirtschaftliche Freiheit ist die Voraussetzung für jede andere Art von Freiheit“ und zeigt auf, wie der Vorrang für Wirtschaftsfreiheiten die politischen Rechte und Freiheiten zahlloser Menschen einschränkt. Die vielleicht größte Freiheitseinschränkung des Kapitalismus ist die Behauptung: der Mensch sei ichsüchtig, gierig und konkurrenzlüstern.

Christian Felber geht weiters der Frage nach: Sind wir unserem Egoismus ausgeliefert oder wird der Egoismus durch dieses Wirtschaftssystem zu einer erstrebenswerten Eigenschaft? Der Mensch ist doch ebenso fähig zur Empathie, zum Mitgefühl, zum spontanen Helfen und zur Kooperation. Wäre es nicht viel sinnvoller diese Werte und Eigenschaften zu fördern? Wäre dies nicht die intelligentere und somit erfolgreichere soziale Strategie als die, egoistischen Einzelkämpfer zu belohnen?

Darüber hinaus macht Felber auch ganz konkrete Vorschläge, wie Kooperation, Selbstbestimmung und ökologische Verantwortung in einem erfolgreichen Wirtschaftssystem gefördert werden können. Er zeigt auf, wie ein Wirtschaftssystem, in dem dieselben humanen Werte gelten wie in zwischenmenschlichen Beziehungen, funktionieren kann.

Sind diese Vorschläge Utopien, von jeglicher Realität weit entfernt? Denken wir gemeinsam darüber nach!

Weitere Informationen zu Kapitalismus und Finanzmärkte gibt es auf [www.attac.at](http://www.attac.at) wie z.B über die Finanzkrise. [www.attac.at/crash.html](http://www.attac.at/crash.html). Es lohnt sich nachzulesen.

\* Attac steht für "Association pour une taxation des transactions financières pour laide aux citoyens", zu Deutsch "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen zugunsten der BürgerInnen"

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Die Niederösterreichische Lehrerinitiative (NÖLI) veranstaltet am

**Samstag, dem 22. November 2008, von 9 bis 16 Uhr**

im  
Gymnasium Bachgasse  
Untere Bachgasse 8  
2340 MÖDLING

einen **Informationstag für AHS- und BMHS-KollegInnen.**

Folgende Themen werden im Laufe des Tages behandelt:

- Allgemeines Pensions Gesetz (APG) - Mitteilung an die Lehrer
- Einrichtung der Pensionskasse
- Bildungsstandards – Planungen für eine Zentralmatura
- Klassenschülerhöchstzahlen + neue Teilungszahlenverordnung (derzeitige Praxis in NÖ)
- kommender LehrerInnenmangel und Auswirkungen auf die Beschäftigten/UnterrichtspraktikantInnen
- Verträge in NÖ
- Personalvertretungsarbeit auf verschiedenen Ebenen  
(Dienststellenausschuss, Fachausschuss, Zentralausschuss)

Ich bitte Sie / Dich bei Interesse für diese Veranstaltung um Anmeldung bei hartig (a) kreidekreis.net oder Anton HARTIG, Hauptstraße 90, 2384 Breitenfurt, 02239/2330 oder Peter STEINER, Schefferg. 23, 2340 Mödling, 0664/56 31 281.

Wir würden Sie / Dich auch bitten, die Einladung an andere interessierte KollegInnen / NeueinsteigerInnen weiterzugeben. Es ist auch geplant im Rahmen dieses Seminars eine Grundschulung für die Arbeit in der Personalvertretung anzubieten.

Wir hoffen, der Schulbeginn hat nicht zu viel Energien geraubt und wünschen Ihnen / Dir noch ein gutes Schuljahr.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Anton HARTIG  
BG Perchtoldsdorf  
Vertreter im FA-AHS-NÖ

Mag. Eva SCHMUDERMAYER  
BG Waidhofen/Thaya  
ehem. ZA-AHS-stv.Vors

Mag. Peter STEINER  
TGM Wien  
Vertreter im ZA-BMHS

**ÖLI-Berufsrechtsschutz**

Für ÖLI-Mitglieder, die den unverminderten Mitgliedsbeitrag (25 € /Monat) per Dauerauftrag auf PSK (BLZ 60000) Konto Nr. 78420320 leisten, wird auf Antrag eine Berufsrechtsschutzversicherung inkludiert. Infos bitte anfordern: oeli@kreidekreis.net

ÖLI-Beitrag unter "Beiträge zu Berufsvereinigungen" beim Jahresausgleich geltend machen und 43,6% Lohnsteuer zurückbekommen. Der Jahresbeitrag von € 300 **reduziert** sich dadurch auf netto € 169,2 (bei Monatsbrutto ab ≈ 2500 €). Übrigens: Der ÖLI-Mindestbeitrag beträgt gemäß Generalversammlung vom 3. 10. 06 30 Euro/Jahr. Kreidekreis-Abo 7 €/Jahr.

<b>P.S.K.</b>		<b>ERLAGSCHEIN - EURO</b>	
Kontonummer EmpfängerIn		BLZ Empfängerbank	Empfängerbank
7 8 4 2 0 3 2 0		6 0 0 0 0	P S K
Empfänger			
Ö L I - K a s s i e r F u c h s b a u e r			
Unterschrift AuftraggeberIn - bei Verwendung als Überweisungsauftrag		Verwendungszweck	
		<input type="radio"/> Mindestmitgliedsbeitrag (30,-/Jahr) <input type="radio"/> Kreidekreis-Abo (7,-/Jahr) <input type="radio"/> Mitgliedsbeitrag (25,-/Monat) (beinhaltet Kreidekreis-Abo) <input type="radio"/> Ich möchte Berufsrechtsschutz Telebanking: Name+Adr.angeben <input type="radio"/> Bitte sendet mir eine Bestätigung für's Finanzamt	
Kontonummer AuftraggeberIn		BLZ-Auftragg./Bankverm.	
AuftraggeberIn/EinzahlerIn - Name und Anschrift			

## 5. November: Mein österreichischer Nationalfeiertag

Die jüngeren KollegInnen werden vielleicht mit diesem Datum nichts anfangen können: Vor 30 Jahren passierte etwas in Österreich, das vorher niemand für möglich hielt - und das sich so leider auch nicht noch einmal ereignete: Eine Mehrheit stand auf und gab sich nicht dem österreichischen „Ma ko e nix mochn“ hin, eine Mehrheit hörte nicht auf die fast kaiserliche Figur des Bundeskanzlers (Kreisky, der letzte mit absoluter Mehrheit). Am 5. November entschied das Volk gegen die Regierung und gegen die Nutzung der Atomenergie. Das fertige Atomkraftwerk Zwentendorf wurde daraufhin nicht in Betrieb genommen. Für mich und viele meiner damaligen StudentenkolegInnen wirkte der Ausgang dieser Volksabstimmung sehr motivierend für unser (gesellschafts)politisches Engagement. Manche der damals im Studentenheim Mitfeiernden haben's damit „weiter“ gebracht (Stockinger, Molterer), aber viele blieben im Bürgerbewegungsbereich, wie etwa eben bei der bald danach entstandenen LehrerInnen Initiative. (Im Jänner 2009 gibt's in Vorarlberg das Fest zu 30 Jahre VLI.) So komme ich gerne der Bitte nach, folgende Veranstaltung hier im Kreidekreis anzukündigen.

Josef Gary Fuchsbauer

### KUNDGEBUNG

**Mittwoch 5. November 2008, 17.00 Uhr**  
**Stock im Eisen Platz/Stephansplatz, Wien**  
**Das NEIN zu Zwentendorf ist heute genauso wichtig wie damals**, denn die Atomindustrie ...

- beutet schon beim Uranabbau Land und Leute aus
- hat nach wie vor für Atommüll keine Lösung anzubieten
- geht über Leichen: erhöhte Krebsraten rund um AKWs werden in Kauf genommen
- toleriert bewusst die Gefahren weiterer schwerer Atomunfälle – jederzeit!
- kann sich nur durch höchste Förderungen über Wasser halten
- bietet mit AKWs keinen Ausweg aus der Klimakatastrophe
- zieht Profit sowohl aus der zivilen wie aus der militärischen Atomnutzung
- ... daher
- Zwentendorf endlich abwracken
- Seibersdorfer IAEA-Laboratorien schließen
- Raus aus EURATOM und der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA)
- Stopp für die grenznahen AKW rund um Österreich
- Das NEIN zur Atomenergie muss bleiben – 80% der ÖsterreicherInnen sind gegen die Nutzung der Kernenergie.

Wir wollen nicht mehr zahlen ...

... für AKW-Ausbau und Aufrüstung (Eurofighter, EU-Armee, Tschad-Einsatz, Ausbau des Überwachungsstaates usw.) werden Milliarden Euro verpulvert, für die Menschen hingegen heißt es dann: „Kein Geld da“ und es gibt ungeheure Preis- und Tarifsteigerungen verbunden mit immer mehr Sozial- und Demokratieabbau. Die AKW- und

die Rüstungsindustrie wird aus unseren Steuergeldern höchst subventioniert.

Österreich zahlt jährlich allein 40 Millionen Euro für die EU-Atomlobby, für EURATOM, finanziert als EU-Mitglied über die EU-Bank EBRD den Ausbau von AKW in Osteuropa und beherbergt nach wie vor die IAEA, die internationale Atomenergieagentur in Wien und Seibersdorf. Das alles, obwohl die Österreicher und Österreicherinnen schon 1978 bei einer Volksabstimmung NEIN zum AKW Zwentendorf – NEIN zur Atomenergie gesagt haben. Das heißt, die Herrschenden missachteten den demokratischen Volkswillen seit 30 Jahren!

Das NEIN zu Zwentendorf ist ein Symbol für echte Demokratie! Man kann etwas gegen die „die da oben“ ausrichten, wenn man sich gemeinsam und selbständig von unten zur Wehr setzt!

Das NEIN zu Zwentendorf ist den Herrschenden bis heute ein Dorn im Auge und sie wollen die Atomenergie in der EU wiederbeleben. Obwohl die Mehrheit der Menschen in Österreich NEIN zur Atomenergie gesagt hat und heute 80% gegen die Atomenergie sind. Was gilt? Die Entscheidung der Österreicher und Österreicherinnen oder der Wille einiger weniger Industriekonzerne? Demokratie oder Demokatur? Mit dem EU-Vertrag werden wir noch mehr entmündigt.

Das NEIN zu Zwentendorf kam unter anderem zustande, weil die Atommüllfrage völlig ungeklärt war – bis heute weiß niemand wohin mit dem Atommüll. Das Atomgeschäft ist ein Geschäft ohne Gewissen. Hauptsache der Profit stimmt. (Mit EURATOM werden wir noch mehr der EU-Atom- und Rüstungslobby ausgeliefert). Das NEIN zu Zwentendorf ist mehr als richtig! Die Angst vor verheerenden Atomunfällen ist völlig gerechtfertigt: Sellafeld (Großbritannien 1956), Harrisburg (USA 1979) Tschernobyl (1986) oder die Fast-Super-GAUs in Japan, Schweden oder zuletzt in Spanien – von denen kaum mehr berichtet wird – beweisen dies erschreckend! Alle AKW sind tickende Zeitbomben! AKW kann man nicht „sicher“ machen. Rund um AKW führt schon der „Normalbetrieb“ zu erhöhten Krebserkrankungen.

Das NEIN zu Zwentendorf ist mehr als richtig! AKW und Atombomben sind „siamesische Zwillinge“, das heißt, untrennbar miteinander verbunden. Es gibt keine „friedliche“ Nutzung der Atomenergie: In AKW wird Plutonium für Atombomben erzeugt. AKW sind tickende Atombomben! Es sind die gleichen Konzerne, die an Aufrüstung und Krieg und an AKW verdienen!

Das NEIN zu Zwentendorf bleibt ein wichtiger Beitrag gegen die Versuche, AKW wieder zu beleben und im Namen des Umwelt- und Klimaschutzes uns neuerlich AKW einreden zu wollen. Atomkraft strahlt radioaktiv, hinterlässt Berge von gefährlichem Atommüll und ist keineswegs CO2-frei!

Das NEIN zu Zwentendorf, die Ablehnung der Atomenergie ist nicht die Ursache der angeblichen Energieknappheit. Die Ursache ist die nur auf Profitmache ausgerichtete Über- und Wegwerfproduktion, die die Kluft zwischen Arm und Reich zunehmend vergrößert und letztlich Erschreckendes zur Folge hat, wenn wir uns nicht wehren: noch mehr Unterdrückung, Aufrüstung und Krieg. WIR WOLLEN, KÖNNEN und WERDEN UNSER NEIN ZUR ATOMENERGIE bewahren, wenn wir uns selbständig und gemeinsam von unten wehren! [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at), [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at), GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg.

## Nationale Kraftanstrengung und Schule, was haben sie gemeinsam?

Milliarden Euro bereitzustellen ist für die Regierung seit der Finanzkrise kein Problem mehr. Man ist bereit zusammenzustehen in diesen schwierigen Zeiten um die Börse, die Banken, die Versicherungen zu retten – da braucht's nicht Jahre, Jahrzehnte um Lechts und Rinks zu einen, das geht in wenigen Tagen/Stunden, um mit einer Zunge zu reden. Jetzt geht es schließlich auch um ihr Geld, um ihre Jobs um ihre Familien.

Ist jedoch die Rede von der Schule, wie schlecht, wie unzeitgemäß, wie unproduktiv, wie zerklüftet, wie zerstritten, wie verpolitisiert oder wie dünkelfhaft sie sei, tut man alles um diese Einschätzungen zu vertiefen. (Die eigenen Kinder schickt man in teure Privatschulen, um sie diesen unerfreulichen Umständen nicht aussetzen zu müssen.) Man streitet, man ergeht sich in ideologischen Grabenkämpfen, seziert, klaubt Worte, vernebelt wissenschaftliche Erkenntnisse und entschließt sich, wie derzeit wieder einmal, zu Reförmchen, die sich in Überschriften, in Absichtserklärungen mit Expertenmeinungen garniert und in großen politischen Ankündigungen ergehen. Jedem Bundesland seine neue Mittelschule zu den bestehenden Musik-, Sport-, Wirtschafts-, Informatik-, Umwelt-, Technik-, Kreativ-, Normal-, Rest-, Haupt- und fünfgliedrigen Gymnasialschulen, das ist der New Deal des Systems. Am Ende steht dann meist die große Überschrift über allem – kosten darf's halt nichts, denn das Budget ist knapp und wird immer knapper! In den fetten Jahren muss gespart werden für die mageren Jahre – in den mageren Jahren muss gespart werden, um das Notwendigste finanzieren zu können, macht man uns weis.

Plötzlich aber – wie unerwartet – ist Geld da! Unermesslich viel Geld kann plötzlich eine öst. Regierung als Sicherheit für Sparer und Banken locker machen.

Die künftige Regierung muss eindringlich und lautstark daran erinnert werden, dass für die Überwindung der Bildungskrise auch eine nationale Kraftanstrengung notwendig ist. Vorausgesetzt man will eine Zurückkehrung von Bonitätsstufe „B“ nach „DD“ im Bereich der Bildung verhindern.

Will man uns aber weiterhin erklären, dass die Welt eine Scheibe ist, auf der Rot und Schwarz sitzen und warten bis die Rechten wieder in diesem Land Recht haben werden, dann braucht's das alles nicht. Denn dazu genügen auch PolitikerInnen und BürgerInnen, die nach Bonitätsstufe „DD“ ausgebildet werden.

Wolfgang Stonitsch, Lehrer in Niederösterreich

Der neue ÖLI-Vorstand. Zu alt? Komm, verjüinge uns!



Antwort auf den Brief einer Leserin (siehe Seite 4), in dem es um Volksschul-Arbeit ins Gespräch bringen und Nachteile der (vor allem weiblichen) Lehrpersonen geht:

## VS-Lehrerinnen benachteiligt!

Liebe Kollegin!

**Sie haben Recht**, leider ein Recht, an das Sie schwer herankommen. Die VS vermittelt die erste Begegnung mit dem Schulwesen, für viele Kinder prägend, ob sie darin gut aufgehoben sind oder nicht. Das kann sich auf die Einstellung zum Lernen lebenslang auswirken. Die VolksschullehrerInnen sollen Defizite aufspüren/ausgleichen, sollen Stärken fördern, sie sollen, sie sollen ...

Der Dank des Staates für diese Mega-Aufgaben ist eine höhere Lehrverpflichtung. "Stimmt nicht!", rufen da die LDG-Verteidiger, "Die Unterrichtsverpflichtung ist laut LDG **für alle gleich: 20 bis 22 Wochenstunden.**" Davon haben die VS-LehrerInnen und die dort beschäftigten SonderpädagogInnen aber rein gar nichts, wenn die Bestimmungen zu ihren Ungunsten ausgelegt werden. Wenn Sie "Frau-Sein" als Grund angeben: vermutlich ja. Sehen Sie sich nur einmal den Frauenanteil in Personalvertretung, Gewerkschaft, Parlament an, da wird manches verständlich.

Kollege Kaiser und ich haben in der jüngsten ZA-Sitzung **vergeblich beantragt**, dass die Unterrichtsverpflichtung für ALLE APS-LehrerInnen mit dem Durchschnitt 21 festzulegen sei. Wir geben aber nicht auf und werden das Thema in unseren gewerkschaftlichen GÖD-Gremien (Landes-/Bundesleitung) weiter verfolgen, da gegenargumentiert wurde, das koste mehr und daher müsse das die Gewerkschaft erstreiten. Ich persönlich glaube, dass bei guter Vor- und Nachbereitung **20 Stunden Unterrichtsverpflichtung gerecht** wären. Dazu müsste man das LDG (LandeslehrerDienstrechtsgesetz) nicht einmal ändern, dazu sind nur zusätzliche Mittel notwendig. Wenn für die Börsen-Zocker Milliarden vorhanden sind, warum nicht für eine Forderung, die alle im Munde führen: "**Mehr Geld für Bildung!**"?

Wilfried Mayr, ÖLI-Vorsitzender, Vater, Hauptschullehrer, Personalvertreter, Gewerkschafter, [mayr\(a\)kreidekreis.net](mailto:mayr(a)kreidekreis.net)

Die Niederösterreichische LehrerInnen Initiative (NÖLI) veranstaltet am **Sa., 22.11.08**, 9-16 Uhr, im Gymnasium, Untere Bachg.8, **Mödling**, einen Informationstag für AHS-/BMHS-KollegInnen. Weitere Infos dazu und Themen siehe Seite 22.

Dallinger-Symposium "Unterwegs zur gemeinsamen Schule?" AK-Bildungszentrum **Wien**, **Do/Fr 6./7. Nov. 08**. Referate (zB „**Soziale Diskriminierung durch das Bildungssystem**“), Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussion. Mit PädagogInnen, BildungsforscherInnen, PolitikerInnen. Programm und BMUKK-Erlass, dass es als Fortbildung zu werten ist, in [www.oeli-ug.at](http://www.oeli-ug.at)